

aj

sjd - die falcken



die antifaschistische jugendzeitung Ausgabe 1-2012

Schwerpunkt

Jugendproteste und Finanzkrise: Merry Crisis and a Happy New Fear!?

Ein Gespenst geht um in Europa ...

Überlegungen zur internationalen Finanzkrise

2011 sollte das Jahr sein, in dem die Politik die »Euro-Krise« in den Griff bekommen wollte. Sie ist dabei, wie wir mittlerweile wissen, kläglich gescheitert. Nun ließe sich mit Karl Marx und der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus argumentieren, dass dies nicht verwunderlich sei. Bei aller Notwendigkeit sollte eine fundierte marxistische Systemkritik aber nicht vom massiven Versagen insbesondere der deutschen Bundesregierung ablenken, die versucht, der Krise mit offensichtlich ungeeigneten Maßnahmen zu begegnen. Da wird, bildlich gesprochen, einem magersüchtigen Pati-

→ Fortsetzung auf Seite 2



Bild: www.flickr.com/photos/justin_case/3614422028/

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken

Inhalt

Die Welt voll Blumen 6
Die Proteste in Frankreich im Mai 1968

Konflikt der Kulturen 7
Was ist eigentlich ACTA?

Extraseiten Extremismus 8
Das Verschwinden aller Widersprüche

Poster 10
LAUT WERDEN GEGEN RECHTS!

Antifaschismus 12
13 Jahre rechter Terror, Block Dresden 2012

Internationales 14
Selbstverwaltung in Chiapas

Die Clara 16
Kampf um das Frauenwahlrecht

Culture Club 17
Quetschenpau, Debtocracy

Was war ... 18
Winterschule, Rosa & Karl, Vielfalkkongress ...

Editorial

Hallo zusammen,

in Euren Händen haltet Ihr die neue aj mit einem Schwerpunkt auf Jugendprotesten und der internationalen Finanzkrise. Dabei blicken wir unter anderem auf die Ereignisse in Griechenland und die falschen Ratschläge der Bundesregierung. Ein weiterer Beitrag zur Extremismusdebatte beschäftigt sich anhand eines konkreten geschichtlichen Beispiels mit den Folgen der Kampagne gegen linke Protestformen. Dass die Gefahr wie immer von rechts ausgeht, zeigen die erschreckenden Enthüllungen rund um die Terrorgruppe NSU, mit denen wir uns auseinandersetzen. Der Bundesvorstand hat in diesem Zusammenhang die Initiative »laut werden gegen rechts« gestartet.

Die nächste aj erscheint voraussichtlich Ende Juni zum Schwerpunktthema »Identität«. Wir freuen uns auf Eure Beiträge und wünschen Euch einen schönen 1. Mai! Zum Abschluss erteilen wir Albert Einstein das Wort, der im Aufsatz »Why Socialism« 1949 schrieb: »Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese Übel [des Kapitalismus, Anm. d. Red.] loszuwerden, nämlich die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielen orientiert.«

FREUNDSCHAFT! Eure Redaktion

If the Kids are divided

Jugendproteste im Sommer 2011

Ausgangspunkt der Protestbewegungen im Sommer 2011 waren die unterschiedlichen Erfahrungen mit den Folgen ökonomischer Krisenprozesse. Auf der Straße standen Leute, die ihre Häuser verloren haben oder ihre Jobs. Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz verloren oder nicht bekommen haben, die die Schule wechseln mussten etc. Dass der Protest in Deutschland nicht so richtig Fuß fassen konnte, lag nicht zuletzt auch daran, dass die Krise hierzulande (noch) nicht in vollem Maße durchgeschlagen ist.

Deutschland befand sich nach 2007 in der glücklichen Situation des Huhnes, das versehentlich über ein Korn gestolpert ist. Rote, schwarze, grüne und gelbe Regierungen haben jahrzehntelang auf die Exportproduktion gesetzt – und eine entsprechende Absenkung der Löhne vorangetrieben. Davon musste die Wirtschaft in einer Situation profitieren, in der alle Regierungen Konjunkturprogramme aufgelegt haben. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist auch die Krise der Staatsfinanzen in Deutschland bislang nur als laues Lüftchen zu spüren. Soziale Betroffenheit, die über das im Kapitalismus übliche Maß

hinausgeht, gibt es vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Und die ist in Deutschland (ähnlich wie in den Niederlanden und Österreich) vergleichsweise gering ausgeprägt.

Die wenigen Proteste, die etwa in Form einiger Occupy- oder »Wir zahlen nicht für eure Krise«-Demonstrationen stattfanden, waren daher entsprechend seicht und bedienten vor allem Ressentiments gegenüber dem Bank- und Spekulationsgewerbe. Den linken Bewegungen und insbesondere auch den Falken ist es hier nicht gelungen, den Protesten eine Perspektive zu geben und die Menschen an den Punkt zu führen, an dem Krise und Finanzmarktkapitalismus etwas mit ihrem eigenen Leben zu tun haben: mit ihrer Ausbildung und ihrem Studium, der Situation in ihrer Schule, mit den kaputten Schaukeln auf dem Spielplatz und den geschlossenen Jugendzentren und Schwimmbädern in der Nachbarschaft.

Dabei gilt es noch einen zweiten Punkt zu berücksichtigen: soziale

→ Fortsetzung auf Seite 3

Ein Gespenst geht um in Europa ...

Überlegungen zur internationalen Finanzkrise (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 1

enten empfohlen, doch mit Hilfe einer strikten Diät noch ein wenig abzunehmen. Gleichzeitig mischt sich die deutsche Politik im Stile eines Kolonialherren in die griechische Souveränität ein und fordert eine gute Absicherung vor demokratischen Entscheidungen, damit auch ja nicht vom deutschen Kuchen genascht wird. Schließlich, so Oberlehrerin Angela Merkel, hätte man dort jahrelang über die Verhältnisse gelebt und überhaupt könne eine Währungsunion nicht funktionieren, wenn Einzelne mehr Urlaub hätten und weniger arbeiten würden als die »fleißigen Deutschen«. Mal abgesehen davon, dass dieser Vorwurf an der Realität vorbeigeht, offenbart er wenig Verständnis für das Funktionieren einer Währungsunion: Im Gegensatz zu Ungleichgewichten in den Außenhandelsbilanzen ist die Anzahl der Urlaubstage aus ökonomischer Sicht zunächst einmal relativ unerheblich.

Missklänge,
Unstimmigkeiten,
unpassende Vielstimmigkeit

Strenge Enthaltsamkeit, ökonomischer Fachbegriff für radikale Sparpolitik

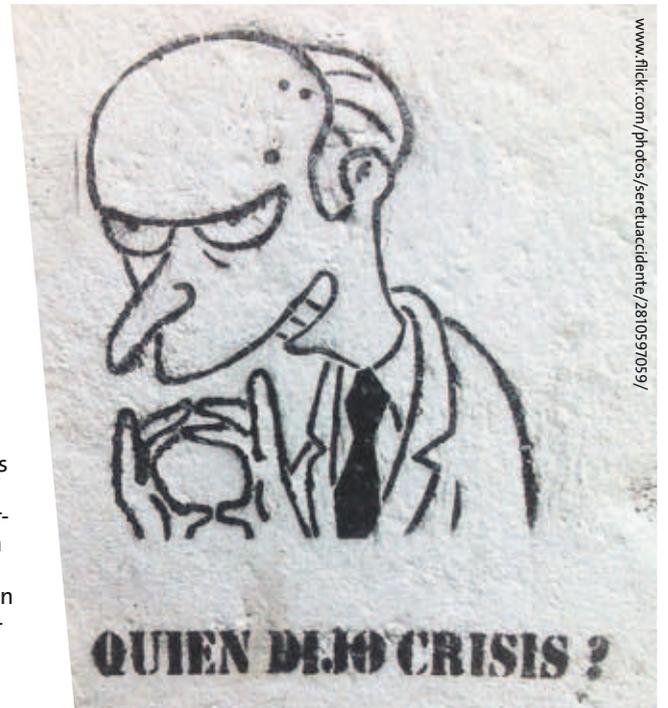
Bankenkrise in Staatsschuldenkrise umgedeutet

Völlig in Vergessenheit gerät, dass die »Euro-Krise« erst durch staatliche Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Bankenkrise ausgelöst wurde. Dass es sich dabei letztlich um eine Rettung privater Vermögen handelte, die man zum Beispiel durch eine entsprechende Besteuerung hätte refinanzieren können,

findet wenig Beachtung. Da ist es wesentlich bequemer, sich im vermeintlichen Erfolg der eigenen Politik zu sonnen. Dabei haben die **Kakophonie** und das zögerliche Handeln insbesondere der deutschen Regierung die »Euro-Krise« noch verschärft. Merkels angeblich so wirkungsvolle Krisenbewältigungsstrategie für die Eurozone ist nichts anderes als der fatale Rückfall in alte Denkmuster und Rezepte einer Mainstream-Ökonomie, die bis 2008 nicht mal in der Lage war, die herannahende Krise vorherzusehen. Nun werden unter anderem Griechenland massive Einschnitte abverlangt, die Deutschland bereits hinter sich habe und so wieder erfolgreich geworden sei – nur zur Erinnerung: 2007 als diese Reformen bereits längst hätten wirken müssen war der Schuldenstand etwa in Spanien und Irland deutlich geringer als in Deutschland!

Schädliche Sparpolitik

Im Zuge der auferlegten **Austeritätspolitik** hat Griechenland sein strukturelles Staatsdefizit bereits um knapp 16% reduziert (Deutschland reduzierte dieses zwischen 2004 und 2008 gerade mal um 2,5%), während die dortigen Realeinkommen gleichzeitig bis zu 25% zurückgingen, weshalb letztlich weitere Hilfspakete notwendig wurden. Unbeirrt fordern Merkel und ihre Verbündeten nun weitere Sparanstrengungen. Dabei zeigt schon ein Blick in die Vergangenheit, dass dies kontraproduktiv ist: Zwischen 2001 und 2005 wurden in Deutschland mehrere Sparpakete zur Reduktion des staatlichen Defizits aufgelegt – mit dem Ergebnis eines noch größeren Defizits, da die Konjunktur wegen geringerer staatlicher Investitionen einbrach und mehr Arbeitslose zu höheren Ausgaben und geringeren Steuereinnahmen führten. Erst als die Regierung im Jahr 2008 ein schuldenfinanziertes Konjunkturpaket beschloss, welches die depressiven Effekte der rot-grünen »Agenda«- und »Hartz«-Politik abfederte, setzte ein spürbarer Aufschwung ein und die Defizite schwanden. Anders machten es da die Regierungen in Spanien, die den Schuldenstand zwischen 1996 und 2004 absolut betrachtet zwar anwachsen ließen, aber so gleichzeitig ein solides Wachstum anstießen, wodurch der Schuldenstand relativ zur Wirtschaftskraft gesehen reduziert werden konnte; zwischen 2005 und 2007 wurden schließlich sogar



Wer hat hier Krise gesagt?

Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet und der absolute Schuldenstand wieder reduziert.

Öffentlich Wasser predigen, heimlich Wein trinken

Trotzdem setzt die Bundesregierung weiterhin eisern auf eine radikale Sparpolitik für die »Schuldenstaaten«. Wenn es jedoch um die deutsche Bilanz geht, wird schon mal gerne Pragmatismus walten gelassen: Während sie anderen nahelegt, die Defizite in der Außenhandelsbilanz zu reduzieren und sparsamer zu leben, sieht Merkel offenbar keine Notwendigkeit über deutsche Überschüsse nachzudenken, seien diese doch Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit und somit Vorbild für andere. Dabei kann es schon aus formallogischen Gründen nicht mehr Exportüberschüsse als -defizite geben! Entsprechend ist die Reduktion griechischer und anderer Defizite nur möglich, wenn gleichzeitig deutsche Überschüsse (sie entsprechen mit 150 Milliarden Euro rund der Hälfte aller Defizite der EU-Staaten) abgebaut werden. Davon möchte die Bundesregierung jedoch nichts wissen. Im Gegenteil hat sie sogar noch darauf hingewirkt, dass Überschüsse verglichen mit Defiziten seitens der EU-Kommission als geringere Bedrohung für das ökonomische Gleichgewicht in der Euro-Zone bewertet werden.

→ Fortsetzung auf Seite 3



Angela Merkel – das Gespenst Europas?

Bild: www.wikipedia.de

Ein Gespenst geht um in Europa ...

Überlegungen zur internationalen Finanzkrise (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 2

Das Erbe sozialdemokratischer Politik

Bei dieser Inkompetenz und der Weigerung, geeignete Maßnahmen zur Krisenbewältigung und Eindämmung von Spekulationen zu ergreifen, suhlen sich die Sozialdemokraten genüsslich in ihren Oppositionsbänken und schicken ihren »Finanzexperten« Peer Steinbrück nach vorne.

Dabei war es eine rot-grüne Bundesregierung, welche die Spielräume für unternehmerische Profitlogik gesteigert und den Abbau von Finanzmarktregulierungen vorangetrieben hat. Gleichzeitig hat die Politik der Privatisierung sozialer Risiken und der Deregulierung des deutschen Arbeitsmarkts die ökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone verstärkt.

Statt ihr eigenes Handeln aber kritisch zu hinterfragen, begnügt sich die SPD-Spitze viel lieber mit einer unerträglichen »Kapitalistenkritik« auf Basis moralischer Kategorien, bedient sich wiederholt des unsinnigen Begriffs der »Realwirtschaft« oder schimpft auf gierige »Boni-Banker«, obwohl die dahinter stehende Profitmaximierung doch genau die Antriebsfeder kapitalistischen Wirtschaftens ist.

Steinbrück selbst **kokettiert** mit der Kanzlerkandidatur für seine Partei, dabei ist seine Bilanz als Krisenmanager auch eher bescheiden: Als 2008 eine **Rezession** nahte, hielt der damalige Finanzminister viel zu lange an seiner Position der Unzulässigkeit von Konjunkturpaketen fest, die er zum ordnungspolitischen **Dogma** überhöhte. Genauso wenig Sachverstand zeigte er, als er im August 2008 auch auf Nachfrage partout keine Krise sehen wollte

und schließlich erst reagierte, als diese dann schon da war.

Spielregeln das Problem

Trotz alledem sollte nicht vergessen werden, dass im Kapitalismus nicht die Spieler*innen das Problem sind: Zwar lassen sich kapitalistische Wirtschaftskrisen durch geeignete Maßnahmen (mit der Auseinandersetzung um deren konkrete Ausgestaltung lassen sich zahlreiche Lehrbücher füllen...) in ihren Auswirkungen begrenzen, verhindern lassen sie sich jedoch nicht. Man könnte dies nun stillschweigend akzeptieren und hoffen, nicht selbst zu den Krisenverlierer*innen zu gehören. Sinnvoller ist es aber, die Systemfrage zu stellen und gemeinsam zu versuchen, die Spielregeln zu ändern! ★

Stephan Köker, KV Köln (ehemaliger stellv. Bundesvorsitzender)

▶ Liebabgeln, öffentlich mit dem Gedanken spielen

▶ Wirtschaftsabschwung

▶ Meinung mit unumstößlichem Wahrheitsanspruch

If the Kids are divided

Jugendproteste im Sommer 2011 (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 1

Kämpfe finden heute unter ganz anderen Bedingungen statt als noch vor vierzig oder fünfzig Jahren. Die gefühlte Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Großgruppen ist in kaum zu unterschätzendem Maß zurückgegangen. Junge Menschen erleben sich kaum noch als Angehörige einer Klasse oder durch ihre Geschlechtsidentität maßgeblich in ihrem Leben bestimmt. Stattdessen glauben sie fest, für ihr Leben selbst verantwortlich zu sein und es auch ganz gut im Griff zu haben. Jedes Gefühl von Abhängigkeit oder dem Unterworfensein unter Herrschaftsverhältnisse weisen sie (zumindest in der überwiegenden Zahl) mit großer Geste zurück.

Auch dieses Verhalten ist nicht vom Himmel gefallen, sondern spiegelt lediglich die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse seit den 1970er-Jahren wider. Die Selbstverständlichkeit eines immerwährenden kapitalistischen Aufschwungs ist verschwunden. Die Weltwirtschaft ist in den 1970ern in eine Situation geschlittert, in der eine Ausdehnung des Kuchens immer schwerer fällt. So gerät auch die bisherige Strategie der Arbeiter*innenbewegung an ihr

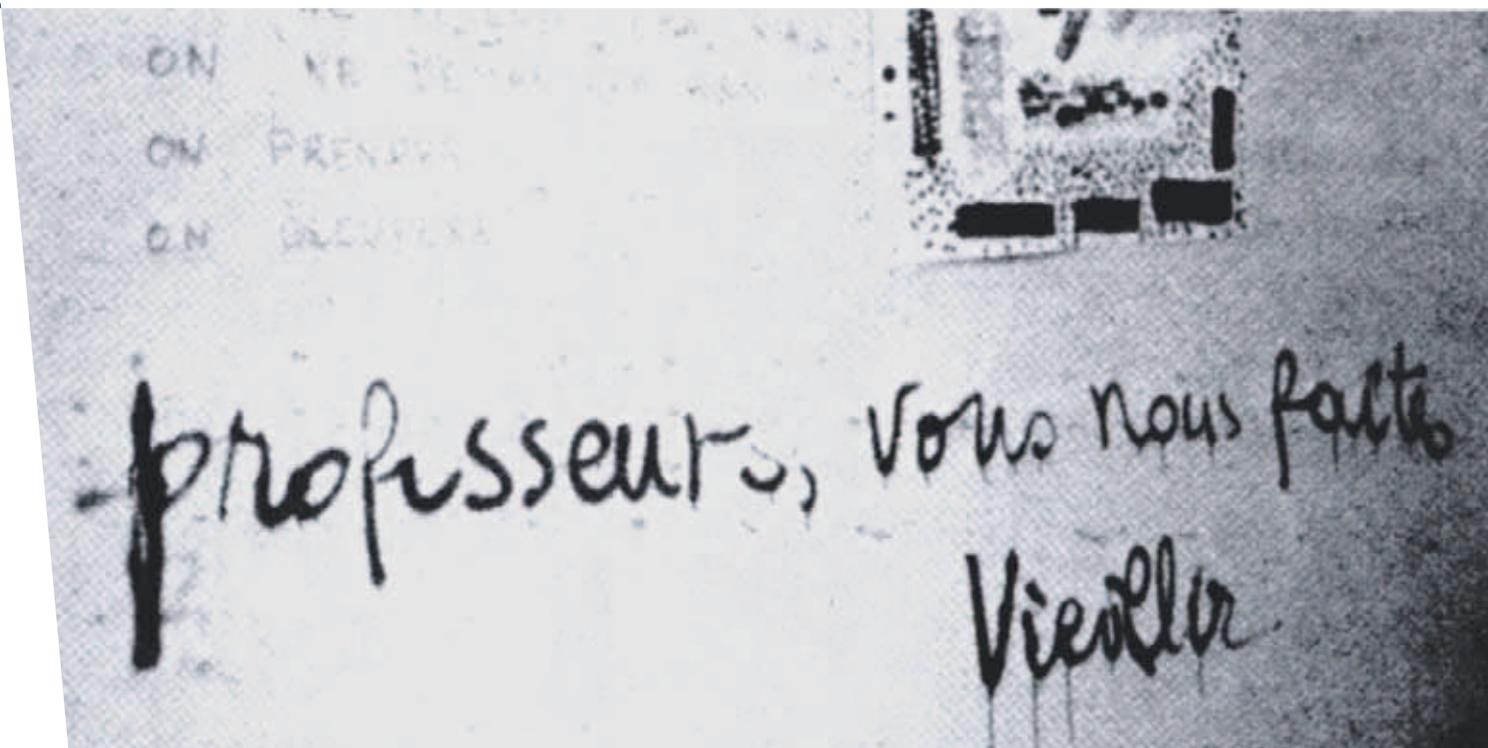
Ende, die im wesentlichen darauf abzielte, einen Anteil an den neuen Kuchenstücken zu erkämpfen. Dementsprechend hat auch das mit der Arbeiter*innenbewegung verbundene Versprechen auf soziale Teilhabe seine Faszination verloren. Dass der Kuchen nicht mehr richtig wächst, heißt zunächst: Der Kapitalismus ist immer weniger in der Lage, die Lebensbedürfnisse seiner Insassen zu garantieren. Das war zwar nie sein Ziel, sprang aber bislang wenigstens als Abfallprodukt dabei heraus – zumindest in den großen Industriestaaten. Nun steigt die Zahl der für den Kapitalismus »Überflüssigen«. Manchmal werden die dann zu Empörten. Die Kämpfe bleiben allerdings sehr kraftlos. Instinktiv scheinen die Protestierenden zu begreifen, dass eine Rückkehr zu einer boomenden Wirtschaft nicht möglich ist. Die traditionelle sozialistische Gesellschaftsvorstellung, welche die kapitalistische Wirtschaft einfach einer Planwirtschaft unterwerfen, die ihr zugrundeliegenden Prinzipien von stetigen Fortschritt und Produktionssteigerung aber unhinterfragt übernimmt, wird durch die kapitalistische Krisenentwicklung endgültig hinfällig. Emanzipatorische Spielräume lassen sich nur noch gegen, nicht mehr mit dem

Occupy

Die sogenannte »Occupy-Bewegung« hat sich 2011 herausgebildet und fordert sehr unkonkret, soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, beispielsweise indem Spekulationsgeschäfte von Banken und der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik reguliert werden. So soll »echte Demokratie« erreicht werden, da sich die Demonstrierenden als Repräsentant*innen von »99%« gegenüber den reichsten »1%« der Weltbevölkerung sehen. Viele konkrete Forderungen der Bewegung können auch wir Falken unterstützen, einige Punkte lohnen jedoch auch einen kritischen Blick. Die Positionierung des Bundesvorstandes findet ihr im Extranet: <http://intern.wir-falken.de/aktuelles/beschluesse/5370271.html>

System erkämpfen. Deshalb wird es umso wichtiger, als Sozialistische Jugend eine Gesellschaftsvorstellung zu entwickeln, die nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen verbessert, sondern zudem über das Bestehende hinausweist und als theoretische Folie für die bevorstehenden nächsten Kampfzyklen dienen kann. Sozialismus ist mehr als biedere Sozialdemokratie. Das lernt mensch bei den Falken schon im Zeltlager. ★

Julian Bierwirth, OV Göttingen



»Professoren, Ihr macht Greise aus uns«

Bild: René Viénet, Wütende und Situationisten in der Bewegung der Besetzungen

»Wie war die Welt voll von Blumen...«

Die Proteste in Frankreich im Mai 1968 – Teil 1

**Auf den Barrikaden von Gay-Lussac
Die Wütenden an der Spitze
Haben wir den Angriff ausgelöst
Donnerwetter, welche Fete!
Man vergnügte sich mit Pflaster-
steinen**

**Als man sah, wie die alte Welt in
Flammen aufging!**

Lied »Die Kommune ist nicht tot«
vom Juni 1968

Wütender Prolog

Frankreich 1968. Das Land gilt den Expert*innen aus Politik und Soziologie als stabile und krisenfeste westliche Industrienation. Mitten in dieser Ruhe nehmen die **Wütenden** sich vor, systematisch die ihnen unerträgliche Ordnung der Dinge durcheinander zu bringen – angefangen bei der Universität. Sie provozieren die linken Professor*innen und ihre Anhänger*innen unter den Studierenden, indem sie deren Vorlesungen unterbrechen, greifen öffentlich die Universitätsleitung an und schreiben revolutionäre Parolen an die tristen Betonwände der Uni, etwa »Nehmt eure Wünsche für die Wirklichkeit«, »Langeweile ist konterrevolutionär«, »Arbeitete nie«.

Als in Paris einige Vietnamkriegsgegner*innen verhaftet werden, besetzen die Wütenden und ein bunter Haufen von Anarchist*innen und Linken, die später als Bewe-

gung des 22. März bekannt werden, das Verwaltungsgebäude der Uni. Acht Mitglieder der Wütenden und der Bewegung 22. März sollen sich in den folgenden Wochen dafür vor der Universitätsleitung der Sorbonne in Paris, die für Nanterre zuständig ist, verantworten. Am 2. Mai wird die Universität Nanterre wegen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten, Unileitung und den Studierenden geschlossen. Der Studierendenverband UNEF ruft daraufhin für den 3. Mai zu einer Versammlung auf dem Hof der Sorbonne auf. Und obwohl es sich um eine typisch langweilige linke Kundgebung handelt, ist sie der Ausgangspunkt des größten Generalstreiks, den Frankreich je erlebte.

Der Aufstand breitet sich aus

Als der Rektor der Universität den Platz räumen lassen will, kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Situation eskaliert. Und als der letzte Wagen mit den in Gewahrsam Genommenen abfährt, erhebt sich das **Quartier Latin** zum ersten Mal seit langer Zeit. Es kommt zu Straßenschlachten. Am Ende werden 600 Personen von der Polizei festgenommen. Unter dem Druck ihrer Mitglieder rufen die UNEF und die Hochschulgewerkschaft zum unbefristeten Streik an den Hochschulen auf. Die Bewegung gewinnt an Fahrt. Was

folgt sind Tage der Demonstrationen und Straßenschlachten. Die Gymnasiast*innen, junge Arbeitslose, die Rocker*innen und »Halbstarken«, sowie einige hundert junge Arbeiter*innen schließen sich den aufmüpfigen Studierenden an. Anwohner*innen berichten mit leuchtenden Augen von den Auseinandersetzungen. Sie sprechen nicht von ihren Autos – die während der Auseinandersetzungen mit der Polizei immer wieder in Brand gesteckt werden – sondern davon, dass unter dem Pflaster, das die Aufmüpfigen heraus reißen und in Richtung Polizei befördern, plötzlich der Strand sichtbar werde. Sie berichten von einer fröhlichen und ausgelassenen Stimmung wie bei einem Ausflug aufs Land, von Familien, die an ausgebrannten Autos entlang bummeln.

Am 10. Mai demonstrieren mehr als 20.000 Personen für die Wiedereröffnung der zwischenzeitlich geschlossenen Sorbonne und die Freilassung der Inhaftierten. In der darauf folgenden »Nacht der Barrikaden« beginnen die Demonstrant*innen spontan damit, das Quartier Latin durch Barrikaden abzusichern. Sie wollen es erst wieder freigeben, wenn ihre Forderungen erfüllt sind. Indem sie sich das Viertel aneignen und aufhören, die Au-

→ Fortsetzung auf Seite 5

Eine Gruppe von Radikalen und »Halbstarken« an der Universität von Nanterre, die dort die Proteste losgetreten hatten und zu den radikalsten Teilen der Bewegung der Besetzungen im Pariser Mai gehörten

Französisch für »Lateinisches Viertel«, historisch das Studierendenviertel, das mittlerweile vor allem Tourist*innen und Wohlhabende anzieht

... in diesem Mai!«

Die Proteste in Frankreich im Mai 1968 – Teil 1 (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 4

torität des Staates zu dulden, stellen sie seine Hoheit praktisch infrage. Die brutale Antwort lässt nicht lange auf sich warten. Um 2:15 Uhr greift die Polizei mit Tränengas, Knüppeln und Chlorgranaten an. Tausende Aufständische verteidigen das von ihnen eroberte Gebiet.

Etwas Neues passiert

Hatten sich schon vorher vereinzelt Anwohner*innen, junge Arbeitslose, Algerier*innen, junge Arbeiter*innen und Mitglieder von Jugendbanden unter die Studierenden gemischt, machen sie nun mehr als die Hälfte der Kämpfenden aus. Selbst das klassische Geschlechterverhältnis beginnt zu wanken. Unter denen, die Barrikaden aufürmen, das Pflaster aus der Straße reißen und es später der vorrückenden Polizei entgegenwerfen, sind viele junge Frauen. Sie wollen nicht länger passiv bleiben müssen, zum Anhängsel irgendwelcher männlichen Aktivisten degradiert sein, die für sie und alle entscheiden und Politik machen.

Auch der Rest der Bevölkerung verlässt die Passivität: Wer nicht mitkämpft, unterstützt die Aufständischen, indem er oder sie Verpflegung bringt, Verletzte verarztet, wenn es nötig ist, versteckt oder Wasser aus dem Fenster schüttet, um das Tränengas aus der Luft zu waschen. Wie bereits bei der Verteidigung der Kommune von

Paris 1871 oder der Befreiung der Stadt von den deutschen Besatzern 1944 eilt die Bevölkerung auf die Barrikaden. Stundenlang leisten sie den Truppen der Einheit zur Aufstandsbekämpfung (CRS) erbittert Widerstand, die mit äußerster Brutalität gegen die Aufständischen vorgehen. Um 5:30 Uhr ist die letzte Barrikade von der CRS erstürmt. Es gibt 400 zum Teil schwer Verletzte und über 460 Festnahmen.

Doch die Niederlage der Aufständischen ist nicht von langer Dauer. Am nächsten Tag breitet sich in ganz Frankreich eine Welle der Solidarität aus. Mit Ausnahme der Bürokrat*innen von der Kommunistischen Partei Frankreichs sahen sich durch den Druck ihrer Mitglieder auch die Organisationen der traditionellen Arbeiter*innenbewegung dazu genötigt, ihre Solidarität mit den Aufständischen zu erklären. Für den 13. Mai wird zum Generalstreik aufgerufen.

Daraufhin gibt der Ministerpräsident den Forderungen der Studierenden nach, die Sorbonne wird wiedereröffnet und die Truppen ziehen sich aus dem Quartier Latin zurück.

Doch der Mai hat gerade erst begonnen. Am 13. Mai wird die Universität besetzt, die Studierenden hören auf zu fordern, zu bitten und beginnen sich zu nehmen, was sie wollen. In dem Moment, in dem sie mit Erfolg aufhören, die zukünftigen Staatsbürger*innen und Lohnabhängigen zu spielen, verändert

Pariser Kommune

Die Pariser Kommune war der erste große Versuch des Proletariats, den Kapitalismus zu beseitigen. Sie begann am 18. März 1871, nachdem die bisherige Regierung und ein großer Teil der Beamtenschaft nach Versailles geflohen waren. Am 21. Mai rückte die Armee in die Stadt ein. Es begann die »blutige Maiwoche«. Die Arbeiter*innen und weite Teil der Bevölkerung leisteten sieben Tage in den Straßen und auf den Barrikaden Widerstand. Am 28. Mai 1871 war der Kampf endgültig verloren. Während der Gefechte und den darauffolgenden Massenexekutionen wurden 30.000 Anhänger*innen der Kommune ermordet, weitere 40.000 verhaftet.

sich plötzlich alles. Und als die Arbeiter*innen der Flugzeugfabrik »Sud-Aviation« in Nanterre nach dem Generalstreik vom 13. Mai an die Arbeit zurückkehren sollen, weigern sie sich. Wenn die Regierung den Studierenden nachgibt, so die Arbeiter*innen, dann könne sie auch ihnen nachgeben. Am selben Tag nehmen sie ihren Chef als Geisel und treten in den wilden Streik.

Der Gang der Ordnung ist aus dem Tritt gebracht. Für einen Moment steht die Zeit still, die Situation ist offen und alles scheint möglich zu sein. Hatte eben erst die Jugend mit dem Aufstand begonnen, wurden nun alle jung: Sie begannen das Leben, das sie einst akzeptiert hatten, radikal in Frage zu stellen. ★ (Fortsetzung folgt)

Philipp Schweizer,
KV Erfurt

Impressum

aj – die andere jugend: Ausgabe 1-2012 · Herausgeberin: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bundesvorstand, Luisse & Karl-Kautsky-Haus, Saarstr. 14, 12161 Berlin, Tel. (030) 26 10 30-0, aj-redaktion@wir-falken.de, www.wir-falken.de · V.i.S.d.P.: Sven Frye

Redaktion: Steffen Göths, Maike Groen, Jana Herrmann, Stephan Köker, Jan-Michel Seglitz, Josephin Tischner, Christina Scheele
Weitere Texte von: Immanuel Benz, Julian Bierwirth, Mädchen- und Frauenpolitische Kommission im Bundesvorstand der SJD – Die Falken, Ronja Mattis, Sebastian Muy, Claus Nolte, Björn Oellers, Karla Presch, André Rudnik, Philipp Schweizer, Evan Sedgewick
Fotos und Grafiken: cc-by-Sea (S. 17), Laika Verlag (S. 18), Helene Maden (S. 14), Karla Presch (S. 19), SJD – Die Falken (S. 10, 11, 12, 13), Nadine Veiser (S. 20), René Viénet (S. 4), Katharina Vogel (S. 9), www.falken-hamburg.de (S. 8), www.flickr.com/photos (S. 1, 2, 6, 7), www.wikipedia.de (S. 2, 16)
Layout: Helga Wolf · Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder. Der Bezug der AJ ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die AJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.

AJ 2-2012: Schwerpunktthema »Identität«, Redaktionsschluss: 21. Mai 2012



Europaweite Proteste gegen ACTA, hier in Wien

Bild: Haefel

Konflikt der Kulturen

Von »Digital Natives« und der »Generation Offline« Oder: Was ist eigentlich ACTA?

Unser »Kultur-Konflikt« ist ein »Kampf zwischen der schönen neuen digitalen Welt und dem realen Leben«, so formuliert es Ansgar Heveling von der CDU in seinem Gastkommentar im Handelsblatt pathetisch. Mit der Veröffentlichung des Kommentars am 30. Januar hat sich der Bundestagsabgeordnete nicht nur zur Spottfigur auf Twitter und Facebook gemacht, sondern auch seine Website an die von ihm so gescholtenen »Digital Natives« verloren, weil sie unzureichend gesichert war. Als »Digital Natives« wird allgemein die Generation an jungen Menschen bezeichnet, die mit dem Internet aufgewachsen sind und sich daher darin wie selbstverständlich bewegen.

Dies ist nur ein Beispiel des »Krieges« der »Netzkinder« gegen die Weltvorstellungen der alternden »Generation Offline«. Im Februar wurde dieser Kampf für die digitale Freiheit einmal mehr in Form von Demonstrationen in vielen Großstädten Europas sichtbar. Dieses Mal ging es gegen ACTA, im ver-

gangenen Jahr gegen die Vorratsdatenspeicherung, insgesamt geht es um die Freiheit.

Freiheit gegen Profitprotektionismus

Das Internet verändert die Welt: Informationen und Bilder gehen in Lichtgeschwindigkeit um den Globus. Jede*r mit einem Internetzugang kann theoretisch Nachrichten aus aller Welt lesen, weiterleiten und ebenfalls Nachrichten schreiben. Viele Güter, wie Musik, Filme, Texte, Bilder oder Programme, sind digital ohne Mehrkosten kopierbar und einfach zu verbreiten. Dies bringt enorme Freiheiten mit sich: Damit meine Gitarrenmusik überall gehört werden kann, benötige ich keinen Plattenvertrag mehr, keine Firma muss meine CDs überall auf der Welt verkaufen. Es reicht, wenn ich meine Musik einfach aufnehme und im Internet hochlade, damit alle Musikfreund*innen diese hören und weiterverbreiten können. Gleiches gilt für meine journalistischen Beiträge: Es benötigt

keine Zeitung mehr, die meine Artikel abdruckt, ich veröffentliche sie einfach auf meinem Blog und die gesamte vernetzte Welt kann diese lesen.

In diesen Beispielen wird deutlich, dass das Internet unter anderem die Geschäftskonzepte von Musikkonzernen oder Zeitungsverlagen stark verändert, womit auch deren Profite gefährdet sind. Diese Konzerne betreiben dementsprechend massiv Lobbyismus bei den macht habenden Politiker*innen und treffen dort oft auf offene Ohren, denn die Abgeordneten sind häufig ahnungslos in diesem Bereich oder fürchten gar den Kontrollverlust durch das Internet. Denn Blogs und soziale Netzwerke erlauben es, dass inzwischen alle Menschen Nachrichten über Politik und Wirtschaft schreiben können, die überall gelesen werden. Damit ist das Informationsmonopol der »alten Medien«, wie Zeitungen und Radio- oder Fernsehsendern überwunden.

→ Fortsetzung auf Seite 7

Konflikt der Kulturen

Von »Digital Natives« und der »Generation Offline« Oder: Was ist eigentlich ACTA? (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 6

Das Ergebnis des oben genannten Lobbyismus ist der staatliche Schutz der Macht der Konzerne und der daraus resultierenden Profite auf Kosten der Freiheit der einzelnen Internetnutzer*innen. Ein Protektionismus veralteter Strukturen, der sich in Deutschland immer wieder in Gesetzesvorschlägen manifestiert, die etwa Sendezeiten für das Internet vorschreiben wollten, oder das Verlinken von Inhalten kostenpflichtig machen sollen.

International zeigen sich solcherlei Auswüchse in Fluten von lukrativen Abmahnungen und Schadensersatzklagen gegen »Raubkopierer«. Dabei wird mit der massiven Stimmungsmache gegen »Raubkopierer« eine ganze junge Generation von Internetnutzer*innen kriminalisiert, die nüchtern ökonomisch betrachtet nicht einmal einen wirtschaftlichen Schaden angerichtet hat. Der aktuelle Höhepunkt dieser Entwicklung ist das ACTA-Abkommen, wogegen im Februar innerhalb von 14 Tagen mehrere hunderttausend Menschen überall auf der Welt wiederholt auf den Straßen demonstriert haben.

Was ist ACTA und wogegen wurde demonstriert?

ACTA steht für Anti-Counterfeiting Trade Agreement. Dabei handelt es sich um den Entwurf eines internationalen, völkerrechtlichen Abkommens zur Bekämpfung von Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen aller beteiligten Staaten.

Das Abkommen wird stark kritisiert, weil es sich dabei nicht um einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen von Rechte inhabenden Konzernen, den Urheber*innen und Nutzer*innen an Inhalten aller Art (wie z.B. Musik oder Filmen) handelt, sondern den Rechteinhaber*innen noch wesentlich mehr Handlungsfreiheiten einräumt als bisher. Dadurch und durch die sehr vage Formulierung des Vertragstextes sind die Folgen des ACTA für die Netznutzer*innen unabsehbar. Je nach Auslegung sind mit ACTA Eingriffe in die Meinungsfreiheit und unverhältnismäßige Sanktionen bei Verstößen gegen das Urheberrecht möglich. So sieht das Abkommen zum Beispiel vor, dass Internetprovider ihre Kund*innen

zu überwachen haben und Fehlverhalten melden sollen. Damit würden Privatunternehmen zu Hilfsheriffs bei der Rechtsdurchsetzung von Konzerninteressen!

Auch der Entstehungsprozess des Abkommens ist mehr als fragwürdig: Die Verhandlungen wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt und die Parlamente werden nun vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Entstehung des ACTA zeigt deutlich den Einfluss einer viel zu starken Lobby auf offensichtlich fachfremde Politiker*innen.

Die Reaktionen der zuständigen EU-Kommission sagen einiges darüber aus: So sollen die Verhandlungsprotokolle des Abkommens nicht veröffentlicht werden, weil dies »Einfluss auf die Ratifizierung des Abkommens« nehmen könnte. Darüber hinaus ließ die EU-Kommission nach den ersten Protesten vom 11. Februar verlauten, die aufgebrachten Bürger*innen seien lediglich über das Abkommen schlecht informiert. Ein solches, von Ignoranz zementiertes, intransparentes und undemokratisches Vorgehen widerspricht der Auffassung von Demokratie vieler Menschen, die daher dagegen auf den Straßen demonstriert haben.

Wachsam bleiben!

Die Proteste gegen ACTA und für mehr digitale Freiheit haben etwas bewirkt: Die Ratifizierung des Abkommens wurde »ausgesetzt« und zur Zeit scheint es keine Mehrheit für ACTA im Europa-Parlament zu geben. Darüber hinaus prüft der Europäische Gerichtshof das Abkommen darauf, ob es den grundlegenden Rechten und Freiheiten in der EU widerspräche.

All dies ist aber nur ein Teilerfolg. De facto ist ACTA noch nicht vom Tisch und die entsprechenden Lobbyverbände werden weiterhin versuchen dieses oder ähnliche Abkommen in die Politik einzubringen, um ihre Profite zu sichern, die sie durch das Internet bedroht sehen. Darüber hinaus ist die Vorratsdatenspeicherung beschlossene Sache und wird in Deutschland aktuell lediglich nicht praktiziert und im Bereich Überwachung bahnt sich weit Bedrohlicheres an:

Die Europäische Union arbeitet an einem Projekt namens **INDECT**,



Der ganz normale Wahnsinn?

Bild: flickr.com/photos/62471466@N00/291383932/

welches 2012 abgeschlossen sein soll. Die Abkürzung steht für »**I**ntelligent information system supporting observation, searching and **D**etection for security of citizens in urban environment« (auf deutsch: Intelligentes Informationssystem, das Überwachung, Suche und Entdeckung für die Sicherheit von Bürger*innen in einer städtischen Umgebung unterstützt). Dahinter verbirgt sich nichts anderes als das Sammeln, Zusammenführen und Verknüpfen fast sämtlicher verfügbarer Daten, angefangen von Profilen in Sozialen Netzwerken im Internet, bis zu den Aufnahmen von Überwachungskameras an öffentlichen Orten. Unter anderem soll INDECT »abnormales Verhalten« aufspüren, um so Verbrechen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Die Zeichen stehen also weiterhin auf Überwachungsstaat und es ist unsere Pflicht als Jugendverband für die Freiheit der Menschen an allen Fronten zu kämpfen: Real und digital! Deshalb bleibt wachsam, informiert euch und geht für unser aller Freiheit auf die Straße! ★

Claus Nolte, LV Rheinland-Pfalz

In der kommenden Ausgabe beleuchten wir ACTA aus Sicht der Urheber*innen und Autor*innen.

Das Verschwinden aller Widersprüche

Krawalle, Protest, Kritik – alles kriminell

»[D]er kapitalistische Staat bemächtigt sich der Produktion der Wissenschaft, die damit bis ins Innere ihrer Textur zu einer mit den Machtmechanismen verflochtenen Staatswissenschaft wird«, warnte der Staatstheoretiker Nicos Poulantzas vor autoritären Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Demokratie¹. Geschrieben 1977, hört sich diese Analyse im Rahmen der heutigen Verhältnisse beunruhigend an, besonders, wenn man Organisationen angehört, die von manchen als linksextremistisch bezeichnet werden, die aber gleichzeitig von rechter Gewalt betroffen sind.

In der letzten **aj** hat mit dem Artikel »Extrem dreist« die Auseinandersetzung mit der gefährlichen Broschüre »Demokratie Stärken: Linksextremismus Verhindern« schon aussagekräftig begonnen. Ein Artikel reicht aber nicht, um dieses wissenschaftlich unfundierte, politisch tendenziöse »Lehrmaterial« zu widerlegen. Es ist wichtig zu beobachten, auf welche Bereiche sich die im Heft durch die sogenannte »Extremismustheorie« hergeleiteten Thesen auswirken können, um sie intellektuell und praktisch abzuwehren.

In diesem Artikel sollen die möglichen Folgen der staatlich finanzierten Kampagne gegen linke Werte und Ideen für Protestformen und Praxis anhand eines historischen Beispiels dargestellt werden.

Be realistic, demand the impossible – Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche

1968 ist weltweit ein Jahr der Revolte und des Protestes vor allem junger Leute. In den USA spitzten sich neben dem Kampf um die »Civil Rights« auch die Proteste gegen den Vietnamkrieg zu. Dies findet auch in Europa Resonanz, vor allem in Frankreich bringen Proteste die Regierung fast zum Sturz.

In Deutschland werden der Krieg, kapitalistische Verhältnisse, Staatsgewalt sowie der nicht vollzogene Entnazifizierungsprozess vor allem vom **SDS** und der **APO** thematisiert. Der politische Aktionismus blüht in Form vieler »Basisgruppen«, Großproteste, Teach-ins und alternativer Lebensformen. Zwei Jahre später fällt die Bewegung in verschiedenste Strömungen auseinander: sektenmäßige linke Kleingruppen und einige, die dem »langen

Marsch durch die Institutionen« abschwören und sich stattdessen für die Gewalt entscheiden.

Beispiel Heimkampagne

Was im Zusammenhang mit den Namen Ulrike Meinhof und Andreas Baader kaum im Gedächtnis geblieben ist, ist die von ihnen unterstützte und gesellschaftlich breit aufgestellte 1969er »Heimkampagne« der APO: eine Kampagne, in der Aktivist*innen des SDS und anderer Basisgruppen die seit der Nazizeit kaum reformierte westdeutsche Heimerziehung ins Visier nahmen.

Zur ersten Aktion am 25. Juni führen etwa 200 Aktivist*innen der APO zum Erziehungsheim Staffelberg, wo mit der Heimleitung per Megafon verhandelt wurde. Gefordert wurde die Abschaffung der sogenannten »Bunker«, der Rausschweiferei der Erzieher*innen, die Abschaffung der Postzensur, die gleichberechtigte Beteiligung der Jugendlichen an Entscheidungsprozessen sowie das unbegrenzte Recht auf Besuch. Stück für Stück wurden Zugeständnisse erkämpft, trotz der 80 Polizist*innen in Heim. Nach dem Erfolg der »Staffelbergaktion« folgten gemeinsam mit ehemaligen Heimkindern und zahlreichen Aktivist*innen weitere derartige Aktionen.

Den Ansatz lieferte ihnen Herbert Marcuse mit seiner »Randgruppentheorie«², Ulrike Meinhof machte in vielen Rundfunkbeiträgen und Artikeln auf das Thema aufmerksam³, und als rechtliche Argumentation dienten wissenschaftliche Gutachten, die die Missstände als einen »Verstoß gegen das Gebot zur Achtung der Menschenwürde«⁴ beschrieben.

Interne Spannungen zwischen der Baader-Fraktion einerseits und liberalen Akademiker*innen auf dem institutionellen Weg andererseits, die Ausrichtung der APO auf neue, vermeintlich »besser« für den revolutionären Kampf geeignete Randgruppen wie auch das Aufeinanderstoßen der Lebensrealitäten abgehauener Heimkinder und der studentischen Gastgeber*innen in improvisierten WGs sorgten in der Summe dafür, dass die Heimkampagne nicht über das Jahr 1969 hinausging. Trotz der kurzen Zeit bewirkte sie jedoch Reformen zur Abschaffung einer kinderverachtenden Heimerziehung und brach-



Bild: www.falken-hamburg.de

te Träger hervor, die sich emanzipatorischen Alternativen verpflichtet fühlen⁵. Wie viele andere Themen der 68er haben radikale Forderungen sich in institutionellen Reformen niedergeschlagen, sprich im 1990 verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetz (die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam).

Protest und Krawalle gleichgesetzt

Das bringt uns zurück zur Broschüre, wo wir auf Seite 7 ausgewählte Beispiele der »linksextremistischen Gewalt« »genießen« dürfen. Dazu gehören die »G8-Krawalle«, »Maidkrawalle« und »Hausbesetzer«. Es fehlt aber die Tatsache, dass es abgesehen von den »Krawallen« auch Forderungen gibt. Einen historischen Hintergrund des 1. Mai gibt es laut Heft nicht, so wie auch den G8-Protesten keine globalisierungskritischen Inhalte zugeschrieben werden, und Häuser aus »vermeintlich« sozialen Gründen besetzt werden.

Hier wird der Protest von seinem politischen Inhalt gelöst und undifferenziert als Krawall dargestellt. Das Beispiel der Heimkampagne zeigt, wie fundierte Kritik mit direkter Aktion zusammenfließen und folglich auch Änderungen in der Sozialpolitik erkämpfen kann.

You're either with us or against us – Du bist entweder für uns oder gegen uns

Das alles will die »Extremismustheorie« nicht. Die Konstruktion von

→ Fortsetzung auf Seite 9

Räume, in die »auffällige« Jugendlichen bis zu eine Woche lang eingesperrt wurden

Gesetzliche Gleichstellung Weißer und Schwarzer

Siehe Artikel »Wie war die Welt voll Blumen in diesem Mai«, S. 4/5

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

Außerparlamentarische Opposition

Das Verschwinden aller Widersprüche

Krawalle, Protest, Kritik – alles kriminell (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 8

»Linksextremist*innen« ist ein Versuch, diese von der gesellschaftlichen Mitte abzugrenzen und Bündnisse linksradikaler und zivilgesellschaftlicher Kräfte von vornherein zu verhindern. Noch erschreckender ist die Einführung der sogenannten Extremismusklauseln als weiterem Beitrag zur Kriminalisierung: Akteur*innen mit unerwünschten Positionen werden als »LinksextremistInnen« bezeichnet und von politischen Aktionen ausgeschlossen.

Gesellschaftliche
Debatte

Ich will nicht leugnen, dass es manche Strömungen innerhalb der Linken gibt, von denen ich mich auch selbst abgrenzen möchte, aber das ist hier nicht das Problem. So, wie das »Lehrmaterial« konzipiert ist, sind es nicht gewaltbereite, dogmatische oder apolitische »Linke«, die ins Visier der »Extremismustheorie« geraten, sondern linke Kultur

an sich, vom Marxismus als Wissenschaft bis hin zu Kulturzentren in besetzten Häusern, und »Krawalle« – sprich: soziale Proteste.

Während linkes Denken an den Rand gedrängt wird, driftet die Gesellschaft nach rechts. Hätte es zur Zeit der Heimkampagne den gleichen **Diskurs** wie heute gegeben, wäre ein vergleichbares Zusammenkommen eines breiten Spektrums politischer AkteurInnen von vornherein erschwert gewesen. Vermeintlich »extremistische« AktivistInnen und Gruppen werden an den Rand gedrängt und zugleich die enge Beziehung von Sozialprotesten und -reformen eingeschränkt beziehungsweise deren radikales Potenzial entschärft. Wenn solche Politik sich ausbreitet, sieht die Zukunft trist aus.

Entgegen der Extremismustheorie sind klare Werte und politische Bündnisse dringend notwendig, um unsere Positionen gegen die zuneh-

mende Kriminalisierung von linker Politik und Kapitalismuskritik in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. ★

Evan Segdewick, LV Berlin

Quellenangaben:

- 1 Nicos Poulantzas, Staatstheorie – Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus (1978, Hamburg), S. 84
- 2 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch (1976, München)
- 3 Ulrike Marie Meinhof, Bambule, Fürsorge – Sorge für wen?, Berlin 1974
- 4 Prof. Erhard Denniger zit. in: Marita Schlözel-Klamp und Thomas Köhler-Saretzki, Das blinde Auge des Staats: Die Heimkampagne von 1969 und die Forderungen der ehemaligen Heimkinder, Bad Heilbrunn, 2010, S. 69
- 5 Zum Beispiel die Sozialistische Selbsthilfe Köln e. V. (ursprünglich Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln e. V.)

Vorwärts nimmer, rückwärts immer!?

Extrem unkomische Comics

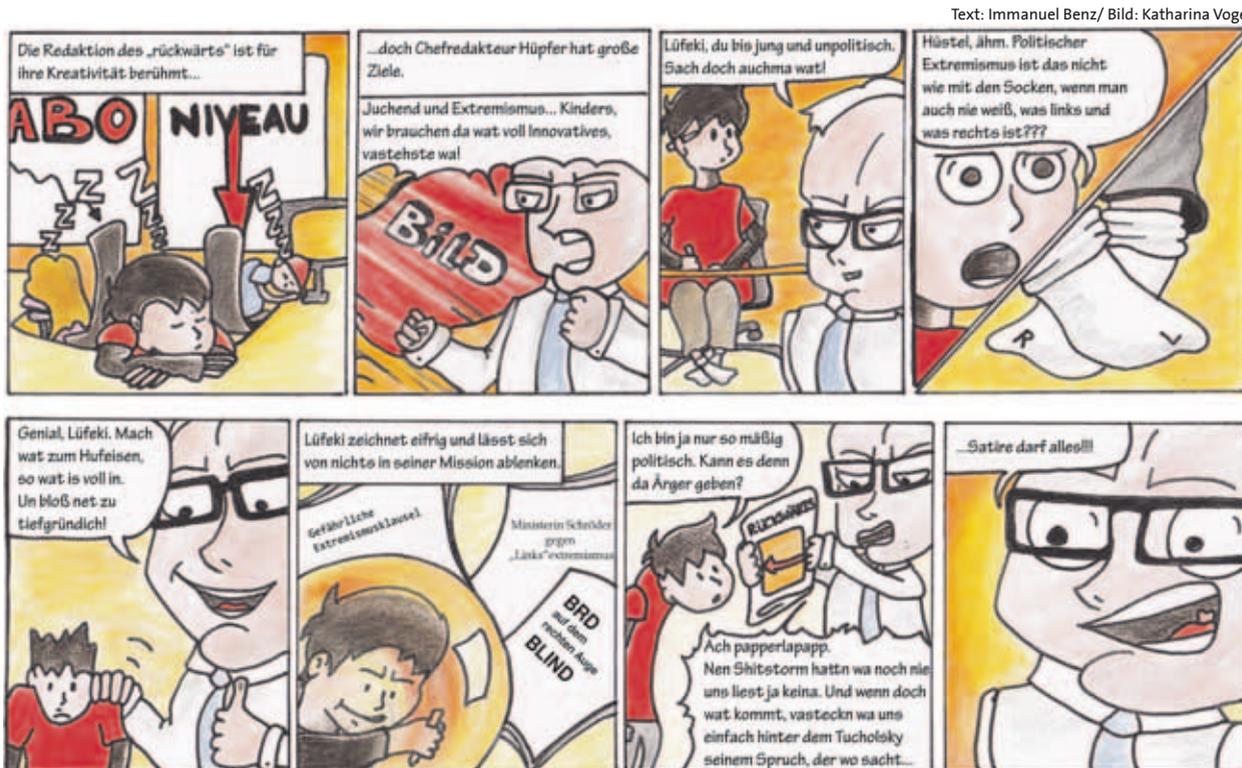
Dieser Comic ist als Reaktion auf einen Comic im Vorwärts, der Mitgliederzeitung der SPD, entstanden.

Dieser bedient sich einer gefährlichen und nicht nachvollziehbaren Gleichsetzung von Rechts und

Links. Hätte man dieses Denkschema in einer Publikation der Bundesfamilienministerin Schröder erwarten können,

so ist dies gerade in Zeiten der Extremismusdebatte und ausgerechnet aus einer sozialdemokratischen Zeitung entweder politisch höchst fragwürdig oder ein journalistisches Armutszeugnis – oder beides. Insbesondere in den Reihen von Jusos, Falken und anderer Arbeiter*innenjugendverbände hat die Veröffentlichung für vehemente Kritik gesorgt.

Mehr zum Hintergrund erfahrt ihr unter:
www.wir-falken.de



Ähnlichkeiten mit echten Personen sind gänzlich zufällig. Wer sich angesprochen fühlt, scheint sich mit den Figuren zu identifizieren und ist selbst schuld.



LAUT WERDEN GEGEN

Extrem demokratisch –



Sozialistische
Jugend
Deutschlands –
Die Falken

«Ich habe die
satt, ich v
ständig

www.wir-falken.de

N RECHTS!
radikal solidarisch!

**«Rechtlosigkeit
will mich nicht
g verstecken!»**

**Anton Schmaus
Sozialist & Antifaschist
(1910 - 1934)**



NSU – 13 Jahre rechter Terror Oder: Auf welchem Auge Deutschland blind ist ...

»Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar.«

Quelle: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010

Spätestens seit dem 11. November 2011 ist offiziell, dass es sich bei dieser vollmundigen Aussage um eine gefährliche Fehleinschätzung gehandelt hat. An diesem Tag gab die **Bundesanwaltschaft** bekannt, dass in einer ausgebrannten Wohnung in Zwickau Material gefunden wurde, welches die Existenz einer rechtsterroristischen Organisation mit Namen »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) beweist.

Nach derzeitigen Erkenntnissen bestand der NSU aus Uwe B., Uwe M. und Beate Z. als Hauptaktiven sowie weiteren Personen, die über mehrere Jahre Hilfsdienste leisteten, z. B. Beschaffung von Waffen und Sprengstoff oder Produktion von Videos. Es wird vermutet, dass sich der NSU 1998 gegründet hat, da die Polizei in jenem Jahr in Jena eine Bombenwerkstatt ausgehoben hat, die von Uwe B., Uwe M. und Beate Z. betrieben wurde. Seit diesem Zeitpunkt wurden sie polizeilich gesucht und lebten unter falscher Identität.

Am 4. November 2011 wurden Uwe B. und Uwe M. nach einem Banküberfall tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil in einem Vorort von Eisenach gefunden. Die kriminaltechnischen Untersuchungen ergaben, dass vermutlich Uwe M. seinen Komplizen erschoss, dann das Wohnmobil anzündete und sich anschließend selbst erschoss. Am folgenden Tag stellte sich Beate Z., die tags zuvor noch die gemeinsam genutzte Wohnung in Zwickau in Brand setzte. Mittlerweile konnten auch mehrere »Helfer*innen« verhaftet werden. Da Beate Z. bisher keine umfassenden Angaben macht, ist völlig offen, ob und wie viele »Helfer*innen« sich noch auf freiem Fuß befinden und welche Kontakte oder Verflechtungen es möglicherweise zu anderen rechten Organisationen oder gar der NPD gab. Für viele Expert*innen ist es fast undenkbar, dass die Gruppe so lange ohne Unterstützung durch das rechte Milieu im Verborgenen operieren konnte.

Bundesweite Morde und Anschläge

Zwar liegen auch heute noch viele Tatsachen über den NSU im Dunkeln, und mindestens wöchentlich erreichen neue Infos die Öff-

fentlichkeit, aber selbst die bisher bekannten Tatsachen offenbaren Schreckliches.

In den Jahren 2000 bis 2006 wurden nach jetzigem Stand durch den NSU neun Menschen mit türkischem oder griechischem Migrationshintergrund ermordet. Diese Morde erstreckten sich fast über das gesamte Bundesgebiet und wurden immer mit derselben Pistole ausgeführt:

- › Im Januar 2001 wurde in der Kölner Innenstadt eine 19-jährige Deutsch-Iranerin bei einem Sprengstoffanschlag auf das Lebensmittelgeschäft ihrer Eltern schwer verletzt.
- › Am 9. Juni 2004 brachten Uwe B. und Uwe M. ebenfalls in Köln in einer migrantisch geprägten Geschäftsstraße eine Nagelbombe zur Explosion. Dabei werden 22 Menschen teils schwer verletzt.
- › Am 25. April 2007 wurde in Heilbronn eine 22 Jahre alte Polizistin erschossen, ihr Kollege überlebt schwer verletzt.
- › Dazu kommen noch einige Überfälle auf Geldinstitute, die vermutlich der Finanzierung der terroristischen Aktivitäten dienten.

→ Fortsetzung auf Seite 13

Bundeseigene
Strafverfolgungs-
behörde



Bild: SJD – Die Falken

Laut werden gegen rechts! Extrem demokratisch – radikal solidarisch!

Unser Selbstverständnis als SJD – Die Falken ist ein Programm gegen den Faschismus. In unseren Zeltlagern leben wir Demokratie und Mitbestimmung, in unseren Gruppenstunden beschäftigen wir uns mit der Gefahr von rechts. Seit über 100 Jahren schon führen wir einen Kampf für Demokratie und Solidarität. Viele unserer Genoss*innen haben gegen den Faschismus gekämpft und viele wurden dafür gefoltert oder umgebracht.

Heute finden wir Nazi-Schmierereien an den Wänden unserer Gruppenräume und Einrichtungen, werden wir von gewaltbereiten Rechten beschimpft oder massiv bedroht. Besonders schlimm hat es im vergangenen Jahr das Anton-Schmaus-Haus der Falken von Berlin-Neukölln getroffen, das 2011 innerhalb von wenigen Wochen gleich zweimal Ziel eines Brandanschlages geworden ist.

Auch deshalb haben wir die Initiative »Laut werden gegen Rechts! Extrem demokratisch – radikal solidarisch« gestartet. Mit dieser Initiative wollen wir ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die neonazistische Bedrohung real ist und Demokratie nicht selbstverständlich, sondern immer wieder vermittelt und auch verteidigt werden muss. Kostenloses Material zur Initiative könnt Ihr im Bundesbüro bestellen. Außerdem gibt es dort auch Soli-T-Shirts, die gegen Spende abgegeben werden. Der Erlös kommt zu 100% dem Wiederaufbau des Anton-Schmaus-Hauses zugute.

Nähere Infos findet ihr unter www.wir-falken.de

Ebenfalls interessant: nazis-eine-kleben.de. Nazis haben in den letzten Jahren massiv den Weg in die Öffentlichkeit gesucht – es muss uns darum gehen, ihnen JEDEN öffentlichen Raum streitig zu machen. Unser »Hier verschwand ein Naziaufkleber!« soll ein kleiner Beitrag dazu sein.

NSU – 13 Jahre rechter Terror

Oder: Auf welchem Auge Deutschland blind ist ... (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 12

Rassistische Berichterstattung und Versagen der Ermittlungsbehörden

Statt die klaren Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund der Mordserie an den Migranten konsequent zu verfolgen, werden unhaltbare Vermutungen auf eine Täter*innenschaft von einer »Auto-Mafia« oder Schutzgelderpressung geäußert und gewisse Medien kreierten den menschenverachtenden Begriff »Döner-Morde« (der völlig zu Recht zum »Unwort 2011« gewählt wurde). Auch nach dem Nagelbombenanschlag in Köln gingen die Ermittlungsbehörden nicht von einem rassistischen Hintergrund aus, sondern ermittelten in Richtung PKK sowie Rotlicht- oder Drogenmilieu.

Diese unhaltbaren Vermutungen wurden damals größtenteils unkritisch von den Medien übernommen.

Leider nichts daraus gelernt

Bis heute sind weder personelle Konsequenzen bei den Ermittlungsbehörden bekannt, noch haben Medienvertreter*innen sich für die tendenziöse und teilweise unwahre

Berichterstattung über die Verbrechen entschuldigt.

Aus blindem Aktionismus hat die Bundesregierung nun die Einführung einer bundesweiten »Neonazi-Datei« beschlossen, deren Erfolg beim NSU nicht gegeben gewesen wäre und für die Zukunft sehr fraglich ist.

Leider nicht überraschend ist die konsequent unbelehrbare Haltung der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die weiterhin undifferenziert den »Kampf gegen Extremismus jeglicher Couleur« als Ziel beschreibt. Auch diverse bürgerliche Medien fordern, dieses Ziel nicht durch eine Debatte über rechtsterroristische Taten aus den Augen zu verlieren.

Die völlig realitätsfremden Vorstellungen der Ministerin in der Frage, wie man mit der rechten Jugendszene umgehen sollte, erleben wir in Dortmund gerade sehr deutlich am Beispiel des vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekts »Dortmund und den Dortmundern«. Bei dem Projekt sollen mehrere hunderttausend Euro dafür ausgegeben werden, dass rechte Jugendliche ihre menschenverachtende Vorstellungen und Ideen zum Beispiel mittels Video, Schau-

spiel und Musik zusammenfassen und dies dann demokratischen Jugendlichen vorstellen. Anscheinend sollen dabei die rechten Jugendlichen durch auftretende Widersprüchlichkeiten der Argumentationen erkennen, dass ihre Ansichten falsch sind und davon Abstand nehmen. Das Konzept dieses Projekts erscheint fachlich mehr als fragwürdig und könnte sogar gefährlich sein. Deshalb ist das Projekt abzulehnen. Zum Glück hat sich die Stadt Dortmund mittlerweile klar positioniert und verweigert die Zusammenarbeit komplett.

Der NSU scheint als Gefahr erledigt, aber wenn die zuständigen Personen und Institutionen nichts daraus lernen und entsprechend handeln, wird der Nazi-Terror niemals aufhören. Deshalb dürfen wir nicht schweigen, sondern müssen auch weiterhin laut werden gegen rechts! ★

André Rudnik, UB Dortmund

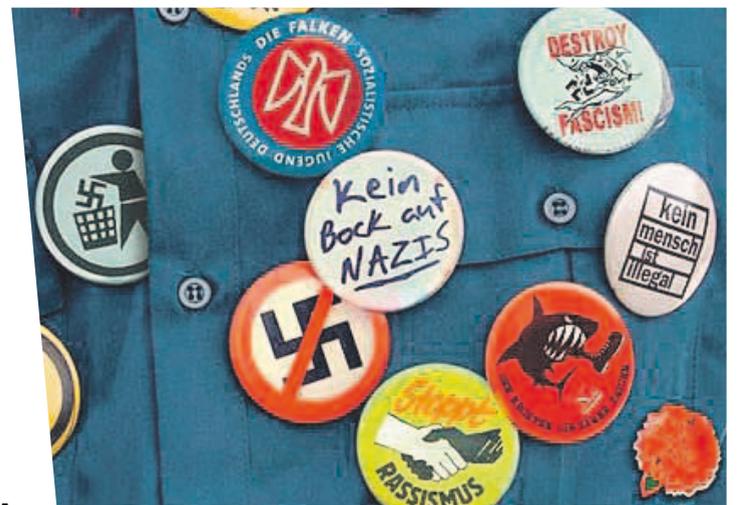


Bild: SJD – Die Falken

Block Dresden 2012

Bündnisdemo mit 10.000 Teilnehmenden verhindert Naziaufmarsch

Es war inzwischen eigentlich ein fester Termin in den Kalendern linker Aktivist*innen: der Naziaufmarsch in Dresden anlässlich des Jahrestages der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg. Während am 13.02. Nazis wieder einen Fackelmarsch veranstalten wollten, der dieses Jahr aufgrund großen Protests eher ein Spaziergang einmal um den Bahnhof war, hatten sie für das darauf folgende Wochenende nicht einmal mehr Kundgebungen angemeldet. Dies kann als großer Erfolg des breiten Bündnisses Dresden Nazifrei gewertet werden.

Das Bündnis ruhte sich aber nicht auf seinen Lorbeeren aus, sondern mobilisierte trotzdem mehr als 10.000 Antifaschist*innen am 18.02. in die Stadt. Diese bildeten einen

langen Demo-Zug vom Hauptbahnhof bis zum Jugendhaus »Roter Baum«, das im letzten Jahr Opfer einer Hausdurchsuchung geworden war. Auf dem Weg dorthin passieren wir auch die dafür zuständigen Behörden, wie die Staatskanzlei und das Innenministerium.

Die Demo war also nicht nur gegen Nazis gerichtet, sondern auch gegen staatliche Repression und den Versuch, antifaschistisches Engagement als linksextrem und antidemokratisch zu diffamieren, also alles, was zur Zeit unter »Sächsische Demokratie« zusammengefasst wird. Die problematische Gedenkkultur in Dresden, die die Stadt mit den Opfern des Nationalsozialismus auf eine Stufe stellt, was auch gerade von bürgerlicher Seite ge-

stützt wird, wurde ebenso thematisiert.

Inwieweit der Naziaufmarsch von Dresden nun endgültig Geschichte ist, wird die Zukunft zeigen. Davon unabhängig bleibt es wichtig, dem rassistischen Alltag in unserer Gesellschaft offensiv und mit den Betroffenen solidarisch entgegenzutreten, und auch weiterhin dafür zu sorgen, dass Nazis nirgendwo mehr marschieren können:

Nicht in Dresden, nicht in Magdeburg, Dortmund oder Neuruppin – NIRGENDWO! ★

Steffen Göths, LV Brandenburg



»Für Frieden mit Würde und Gerechtigkeit«: Am 7. Mai 2011 demonstrierten in San Cristóbal de las Casas rund 20.000 Zapatist*innen gegen die Militarisierung des Landes und die zunehmende Gewalteskalation im »Drogenkrieg«.

Bild: Helene Maden

Die Welt neu erschaffen Zapatistische Selbstverwaltung in Chiapas, Mexiko

Chiapas ist ein Bundesstaat im Südosten Mexikos, an der Grenze zu Guatemala. Verglichen mit anderen Regionen verfügt Chiapas über einen hohen Anteil an indigener Bevölkerung. Mit dem spanischen Begriff »Indígenas« werden als Sammelbegriff die Nachkommen jener Menschen bezeichnet, die schon vor der Kolonisierung durch die Europäer*innen auf dem amerikanischen Kontinent lebten. Er bezeichnet allerdings eher eine soziale Konstruktion, die vor allem auf der Fremd- und Selbstdefinition von Menschen als »Indígenas« beruht, zum Beispiel aufgrund der Sprache und der Lebensweise. Diese leben zum Großteil auf dem Land und von der Landwirtschaft. Viele von ihnen sind von einer Vielzahl sozialer Probleme wie etwa Armut, Unterernährung, fehlendem Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Ausschluss von politischer Mitbestimmung betroffen.

500 Jahre Ausbeutung und Unterdrückung als Ursache

Im 16. Jahrhundert unterwarfen die Spanier die Bevölkerung im Gebiet des heutigen Mexiko. Sie errichteten ein rassistisches **Kastensystem** in dem die europäischen Einwande-

r*innen und deren **Weiß**e Nachfahren an der Spitze standen. Sie behielten sich über Jahrhunderte die politische und wirtschaftliche Herrschaft vor, und auch nach der Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert wurde die indigene Bevölkerung weiterhin rassistisch diskriminiert.

1910 brach in Mexiko eine Revolution aus, und nach jahrelangen Machtkämpfen wurde 1917 eine revolutionäre Verfassung verabschiedet. Darin wurde ein Anspruch auf öffentliches Gemeindeland (spanisch: Ejido) verankert, das die Gemeinden ihren Bewohner*innen zur kollektiven oder individuellen Nutzung zur Verfügung stellten und das nicht verkauft werden durfte. In Chiapas kam von diesen Errungenschaften leider wenig an: Viele Indígenas lebten und arbeiteten unter Bedingungen extremer wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit als Hilfsarbeiter*innen auf den Fincas, den Ländereien der Großgrundbesitzer*innen.

Wir sind Soldat*innen, weil wir keine Armee mehr wollen!

Vermutlich hätte kaum jemand außerhalb von Chiapas von dieser bitteren Realität Notiz genommen,

hätten sich nicht im Laufe der 80er-Jahre immer mehr Betroffene zusammengeschlossen, um einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten.

Am 1. Januar 1994 besetzten mehrere Zehntausend **Gueriller@s**,
mehrheitlich Maya-Indígenas, Regierungsgebäude in mehreren Städten von Chiapas. Zudem wurden viele große Privatländereien besetzt und dort neue Gemeinden mit kollektiven Bewirtschaftungsstrukturen gegründet. Die Aufständischen nannten sich Ejército Zapatista de la Liberación Nacional (EZLN), auf deutsch Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung. Damit stellten sie sich in die Tradition des mexikanischen Revolutionärs Emiliano Zapata (1879–1919) und machten darauf aufmerksam, dass acht Jahrzehnte nach der vielfach gefeierten Revolution von der Verwirklichung ihrer eigentlichen Ziele nicht viel geblieben war. Sie forderten den Rücktritt der mexikanischen Regierung. Der Zeitpunkt des Aufstands war nicht zufällig gewählt: Am gleichen Tag, dem 1. Januar 1994, trat ein Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada (NAFTA – North American Free

Spanische Form für weiblich und männlich, gelesen als -as/-os

Die Großschreibweise soll verdeutlichen, dass es bei den Begriffen nicht um Farben oder körperliche Merkmale geht. Vielmehr stellt sie kritisch eine politische Einordnung von historisch konstruierten Gruppen dar: Schwarze Menschen, die tagtäglich mit Rassismus konfrontiert sind und Weiße Menschen, die als Angehörige einer privilegierten Gruppe selbst entscheiden können, ob und wann sie sich damit auseinandersetzen.

Eine streng hierarchische Statuszuweisung anhand rassistischer Kriterien

→ Fortsetzung auf Seite 15

Die Welt neu erschaffen

Zapatistische Selbstverwaltung in Chiapas, Mexiko (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 14

Trade Agreement) in Kraft. Die zapatistischen Kleinbäuer*innen befürchteten durch den Abbau jeglicher Handelsschranken zwischen Mexiko und den beiden wirtschaftlich ungleich mächtigeren Nachbarstaaten im Norden zurecht eine massive Verschärfung des Konkurrenzdrucks vor allem durch den Import von billigem, subventioniertem Mais aus den USA. Der Verkauf von Mais auf dem mexikanischen Binnenmarkt war jedoch für viele der Kleinbäuer*innen eine wichtige Lebensgrundlage. Als Vorbedingung für den Freihandelsvertrag hatte die Regierung zwei Jahre zuvor jene Verfassungsgarantie gestrichen, nach der Ejido-Land, also Gemeinschaftsländereien, nicht verkauft werden durfte. So wurde die Grundlage geschaffen, auch die verbliebenen gemeinschaftlichen Wirtschaftsstrukturen zugunsten von Privatbesitz aufzulösen und das Land im kapitalistischen Sinne verwertbar zu machen.

Militärisch bewaffnete Gruppen, die oft außerhalb der Legalität, jedoch im Auftrag z. B. einer Regierung oder Partei agieren

»Aufstandsbekämpfung« führt zu andauerndem Krieg

Die Regierung reagierte auf den Aufstand zunächst mit militärischer Gegengewalt. Mehr als 17.000 Soldaten wurden nach Chiapas entsandt, es gab Angriffe auf Dörfer, denen Unterstützung der EZLN nachgesagt wurde. In Mexiko-Stadt kam es daraufhin zu Großdemonstrationen für ein Ende der

Militäraktionen. In den folgenden Jahren verlagerte sich die Regierung auf weniger sichtbare Mittel der Aufstandsbekämpfung, wie zum Beispiel die Unterstützung paramilitärischer Gruppen.

Der extremste Auswuchs dieser Politik zeigte sich im Dezember 1997, als Paramilitärs in einer aufständischen Gemeinde 45 Menschen ermordeten. Neben dem Versuch, die zapatistische Bewegung gewaltsam zu unterdrücken, setzte die Regierung auf die Spaltung von Gemeinden, etwa durch Sozialprogramme, die regierungsloyale Gruppen bevorteilten und damit eine Abkehr vom Widerstand belohnten. Verhandlungsergebnisse zwischen der mexikanischen Regierung und der EZLN wurden von der Regierung nicht umgesetzt.

Autonomie & Austausch

Die Zapatistas ihrerseits setzen auf die Vernetzung mit der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft. Mehrmals luden sie weltweit Menschen zu Treffen wie dem »Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit« ein. Anders als viele linke Guerillabewegungen vorheriger Jahrzehnte zeichnet sie ein undogmatisches und anti-autoritäres Politikverständnis aus, das am gegenseitigen Austausch mit vielfältigen sozialen Bewegungen orientiert ist.

Sie streben keine Posten in der Regierung an, sondern arbeiten vielmehr am Aufbau realer Alternativen durch autonome Strukturen, etwa eines vom Staat unabhängigen Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungswesens. Privatbesitz an Land lehnen die Zapatistas radikal ab; gemäß dem Motto »Das Land denen, die es bearbeiten« setzen sie auf gemeinschaftlich und solidarisch organisierte Produktions- und Handelsbeziehungen.

Sie vertreten den Anspruch, selbst zu bestimmen, was in ihren Schulen gelehrt und gelernt werden soll, und dies nicht vom mexikanischen Zentralstaat diktieren zu lassen. Sie bauten Gesundheitszentren, in denen Menschen unabhängig ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung haben.

Und sie gründeten die fünf Caracoles (»Schneckenhäuser«), zapatistische Verwaltungszentren, in denen die basisdemokratisch gewählten Juntas del Buen Gobierno (»Räte der guten Regierung«) zusammenkommen.

»Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern. Es genügt, sie neu zu schaffen.«

Subcomandante Marcos

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, die Zapatistas solidarisch zu unterstützen:

- › Der Verein **Carea a.V.** bietet Vorbereitungsseminare für Menschen (allerdings erst ab 21 Jahren) an, die gerne als »Menschenrechtsbeobachter*innen« in Chiapas tätig sein wollen. www.carea-menschenrechte.de
- › Das Kollektiv »**Café Libertad**« aus Hamburg bietet Kaffee an, der aus solidarischem Handel mit zapatistischen Kaffeekooperativen in Chiapas kommt. Im Unterschied zu herkömmlichem Supermarktkaffee geht der Erlös an die Bäuer*innen sowie die Überschüsse an die zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen. www.cafe-libertad.de
- › Das Ya-Basta-Netzwerk besteht aus Gruppen und Personen, die sich als solidarisch mit den Zapatist*innen verstehen. Referent*innen vom Ya-Basta-Netzwerk können für Infoveranstaltungen eingeladen werden. www.ya-basta-netz.de/vu

Politische Ideologie, die als wichtigstes Ziel die Schaffung »günstiger Wettbewerbsbedingungen« definiert, was mit Privatisierungen und Sozialabbau einhergeht

Ihre Aufgabe besteht etwa in der Förderung einer ausgewogenen Entwicklung zwischen den aufständischen Gemeinden, in der Vermittlung bei Konflikten und der Überwachung der Einhaltung von Gesetzen, die sich die zapatistischen Gemeinden selbst gegeben haben. Um Machtkonzentration und Korruption entgegenzuwirken – und weil die Junta-Mitglieder von dem Amt alleine nicht leben können, weil es nicht bezahlt wird –, sind die Juntas meist nur relativ kurze Zeit im Amt und rotieren in mehreren »Schichten«.

Obwohl die Aufstandsbekämpfungsstrategien der Regierung teilweise durchaus Wirkung zeigen und vielfach zu gespaltenen Gemeinden, Zermürbung und Frust führen, wehren sich die Zapatistas weiterhin gegen kapitalistische Landnahme und rassistische Bevormundung und verfolgen bis heute den Weg der Autonomie. ★

Sebastian Muy, KV Berlin-Neukölln



Wandgemälde »Freiheit, Gleichheit, Land«

Bild: Andy Möbius

Kampf um das Frauenwahlrecht

Alice Paul: Der Weg ins Licht. Ein Film von Katja von Garnier, 2004

»Eine stinkende Leiche vor der Haustür? Was sollen die Nachbarn sagen?«

»Ob im Gefängnis oder nicht – amerikanische Frauen sind nicht frei«

Eine Frau mit blutendem Mund, ein schaukelndes Mädchen, ein Schachspielendes Mädchen, eine Frau, die an einen Stuhl gefesselt wird – wie wir später erfahren, im Gefängnis, wo mit Zwangsernährung ihr Hungerstreik gebrochen werden soll – so beginnt der Film »iron jawed angels«, der im Deutschen den ein wenig peinlichen Titel »Alice Paul: Der Weg ins Licht« trägt.

Moderne, aufregende Kameratechnik und Musik in einem Film über zwei Frauen, die die etablierten Frauenvereine, die »nicht mit Steinen werfen wollen, um ihre Meinung durchzusetzen«, aufmischen, um endlich das Frauenwahlrecht durchzusetzen – 1912, USA. Der 2004 produzierte Film ist alles andere als eine Historienschnitzerei. Kleider, Sprache, alles ist ein Stilmix und in Bewegung. Aber er ist nicht nur ästhetisch, also interessant für die Augen, sondern gleichzeitig authentisch, also glaubwürdig.

Der Film beschreibt die Hindernisse der Frauensolidarität: den Rassismus der **Weißer** Südstaatenfrauen gegenüber den **Schwarzen** Frauen, das heruntergebutterte Selbstbewusstsein der bürgerlichen Frauen und, nicht zuletzt, die Probleme der Fabrikarbeiterinnen, in deren Fabriken es weder Sicherheit, noch einen zum Leben ausreichenden Lohn gibt.

Ein langer Weg bis zum Ziel – nicht nur in den USA

Alice Paul und Lucy Burns wollen eine Parade abhalten, an dem Tag, an dem Woodrow Wilson in das Amt des Präsidenten eingeführt werden soll. Ein Mann am Rand der Parade ruft: »Wäirst du meine Frau, ich würde dir den Kopf einschlagen« – die Parade wird angegriffen, die Polizei schützt die Frauen nicht. Später werden sie eine nach der anderen festgenommen und kommen ins Gefängnis. Auch hier zeigen die Frauen Mut: Sie treten in den Hungerstreik. Ihre einzige Hoffnung ist, dass das Parlament ihre Leichen nicht vor ihrer Haustür haben will, und dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben wird.

Es ist ein langer Weg zum Frauenwahlrecht, das 1920 als Zusatzartikel 19 in die US-amerikanische Verfassung aufgenommen wird. In Deutschland erhielten Frauen 1918 das Wahlrecht, 1933–1945 wurde ihnen das **passive Wahlrecht** wieder entzogen. In der Schweiz gibt es das Wahlrecht auf Bundesebene erst seit 1971 (und erst seit 1990 in allen Kantonen). Noch immer haben Frauen nicht überall auf der Welt ein Wahlrecht.

Sicher – das Wahlrecht für Frauen ist nicht alles. Die Gleichstellung vor dem Gesetz (die noch nicht erreicht ist!) hat nicht viel mit der Gleichstellung in der Realität zu

Die Clara

»Clara« ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der »Gleichheit«, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



Illustration: Katrin Ziel

tun, mit Entscheidungsmacht über die Produktionsmittel und Reichtümer der Welt.

Das Charmante an dem Film ist, dass er bei der Fokussierung auf das Leben von Alice Paul diese Perspektiven, und noch viele mehr, nicht vergisst. Masturbation, Freundschaft, Einsamkeit, Rechtlosigkeit in der Ehe, eine Liebesgeschichte, Opferbereitschaft, Erschöpfung, die Frage nach Prioritäten, Schuldgefühl, Humor und Spaß am Kampf für die eigenen Überzeugungen – der Film zeigt alles.

Eine Einladung zur Reflexion des eigenen Kampfs

Er hilft uns, einmal unseren alltäglichen Kampf fasziniert ruhen zu lassen, um nachzudenken, nachzufühlen. Dann können wir uns wieder fragen, ob die »Occupy-Maske« ein männliches Gesicht zeigt, und warum Protest nur als weiblich (statt als Anhang zur »geschlechtsneutralen«, männlichen Norm), wahrgenommen wird, wenn wir **Slutwalks** machen.

Die Heldinnen des Films sind keine schuldlosen Engel und glauben nicht, dass Frauen wählen sollten, weil sie besser sind. Nach den ersten Rückschlägen wird Alice Paul darauf angesprochen, ob sie wirklich erwartet habe, dass es einfach sei. Sie antwortet: »Ich erwarte nichts, aber ich kann mir alles vorstellen!« ★

Mädchen- und Frauenpolitische Kommission der SJD – Die Falken auf Bundesebene

Eine Demonstrationsform, bei der Frauen gegen sexistisches Verhalten und sexistische Strukturen protestieren

Vgl. Erläuterungen zur Schreibweise auf Seite 14

Aktives Wahlrecht: Du darfst wählen; passives Wahlrecht: Du darfst gewählt werden

Bild: http://de.wikipedia.org/wiki/National_Woman%E2%80%99s_Party



Feministischer Protest gegen Präsident Wilson während des ersten Weltkriegs

Gedankenschweiß zu Quetschenpaua

»Frau Lieselotte Meier aus der Rosenstraße 8« oder:
Was meint Quetschenpaua nun mit »Tu Was?«

Quetschenpaua ist Dir bestimmt schon ein- oder mehrmals zu Ohren gekommen. Da wird von der coolen Hausbesetzerinnen-Oma oder von »Kuhdamm is Burning« gesungen, und wenn die Ufos am Heinrichsplatz landen, kannst du gewiss sein, dass mit der Quetsche und der markanten Stimme Quetschenpaua spielt.

So habe ich phasenweise sehr gerne einige Lieder von ihm gehört. Immer dann, wenn in Berlin mal wieder irgendwas geräumt wurde oder wenn ich auf linken Parties Musik auflegte. Letztlich wurde ich aber im Frühjahr angesprochen, warum ich denn antizionistische Musik spielen würde. Verwirrt und irritiert darüber, welches Lied, das ich gespielt habe, antizionistisch sei, wurde ich darauf hingewiesen, dass Quetschenpaua das Lied »Tu was« habe, mit antizionistischem Inhalt. Da ich kein unreflektierter Mensch bin und Musik sehr bewusst wähle, habe ich nach dem Lied geforscht und mir den Liedtext genauer angehört. Da lauschte ich so, dann kommt die Strophe:

»Ich denk an Palästina und an die Repression.
Da kämpfen sie mit Steinen gegen scharfe Munition.
Zionisten zetteln jeden Tag die gleiche Scheiße an.

**Doch Palästina dein Volk wird siegen irgendwann.
Palästina dein Volk wird siegen irgendwann.«**

und denke mir wie ein plötzlicher Schluckauf: »Ähmm, was machst Du da, was willst Du sagen?« Wenn jemand gefragt wird, »Was fällt dir zu Repression ein?«, und – wie im weiteren Text – die Antwort lautet, »Zionisten und Großdeutschland«, dann liegt der Verdacht nahe, dass hier mindestens ein antizionistischer **Reflex** vorliegt. Das Lied heißt »Tu was«, und es geht darum, eine kämpferische Perspektive zu behalten, dass einige resignieren, andere flüchten. Es ist von Großdeutschland die Rede und vom Kampf hier. Abgesehen davon: Ein ähnliches Statement zu den Raketenangriffen und Selbstmordattentaten auf Israel kenne ich von Quetschenpaua nicht.

Nach einer Kontaktaufnahme zu Yok konnte ich mehr zum Lied und explizit zur Strophe erfahren. Yok berichtete:

»»TU WAS« hiess früher »Kopf hoch und war ein Politkracher aus den Zusammenhängen der RAK (Rotzfreche Asphaltkultur) in den 80ern. Ich habe das überarbeitet und es wurde TU WAS draus. Die Palästina-Strophe ist definitiv von mir, was mir in Anti-Imp-Kreisen einige

Quetschenpaua

Quetschenpaua war von 1989 bis 1994 ein Berliner Ein-Personen-Musikprojekt des aus der Anti-Atomkraft-Bewegung stammenden Musikers Yörg (* 1962 in Itzehoe). Der Name leitet sich von Quetsche für Akkordeon und der Aussprache von englisch power ab. Seit 2005 tourt er unter dem Namen Yok.

Pluspunkte einbrachte (ich gehörte eher zur praxisnahen Fraktion der radikalen Linken). Ich meine, ich habe den Song 1988/1989 geschrieben... und es war die erste Intifada und wir waren erschüttert, wie die israelische Armee hochgerüstet gegen Leute mit Steinen und Zwillen vorgegangen ist... nämlich mit Panzern und Maschinengewehren. Aus dieser Sicht entstand die Strophe. Daß ein Begriff wie »Volk« eigentlich nix zu suchen hat in einer emanzipatorischen Linken kam mir offenbar auch erst später... So vieles ist jetzt anders... aber das Existenzrecht Israels stand für mich auch damals außer Frage.«

Yok ist, milde ausgedrückt, über die Strophe nicht mehr erfreut. Er gibt u. a. in einem **Blog** bekannt, dass er dieses Lied nicht mehr veröffentlicht wissen will (deswegen drucken wir den Liedtext auch nicht vollständig ab) und es seit 1991 auch nicht mehr gespielt hat. Er hat dazugelernt, reflektiert, setzt Dinge in neue Verhältnisse und ist vorsichtiger geworden mit »»platten Attitüden«, weil sie nie stimmen und nie gestimmt haben«. Was noch dazu kommt ist, dass eine Naziband namens »Gigi« den Liedtext eins zu eins kopiert hat, es – neben zahlreichen anderen ursprünglich linken Liedern – spielt und singt.

Ja, und wie stehe ich mittlerweile dazu? Ich finde es klasse, dass Yok sich drauf eingelassen hat, sich dieser Frage zu stellen. Ich habe gelernt, dass auch coole Musiker*innen Fehler machen. Am Besten finde ich aber, dass ich nach dieser Auseinandersetzung klüger geworden bin. Ich kann beruhigt weiter Quetschenpaua spielen, hören und singen! Yok hat mal einen Fehler gemacht. Verkürzte Kritik führt letztlich wohl immer zu Missverständnissen und Diskussionen, auf beiden Seiten. ★

→ <http://lysis.blogspot.de/2007/09/22/quetschenpaua/>

Eine Haltung, die Israel das Existenzrecht abspricht

Eine unbedachte Reaktion



Yok, alias Quetschenpaua

Bild: cc-by-Sea

Ronja Mattis, KV Schwerin

»Das Gefühl war großartig.«

Buchrezension: »Wir sind ein Bild der Zukunft – Auf der Straße schreiben wir Geschichte«

Am 6. Dezember 2008 wurde der 15-jährige Anarchist Alexandros Grigopoulos (Alexis) im alternativ geprägten Athener Stadtteil Exarchia von einem Polizisten erschossen. In Griechenland brach ein Aufstand los, in dem die Beteiligten Rache für Alexis und für sich selbst nahmen.

Wenige Monate später berichtet Katerina, eine Schülerin aus dem 500 km entfernten Thessaloniki: »Der Dezember war erstaunlich. Alle waren auf der Straße. [...] Ich dachte, die Revolution kommt! Wirklich, das hab' ich gedacht! Da war so viel Energie, alles was normales Leben war, war vorbei und das ganze Geschehen spielte sich auf der Straße ab.« Es sei gewesen, »als ob die Zeit angehalten hätte. Das Gefühl war großartig.«, berichten zwei Anarchistinnen.

Aber nicht nur Anarchist*innen und linke Aktivist*innen spürten, dass etwas anders war. Unter den Menschen breitete sich schlagartig die Erkenntnis aus, »dass nichts so bleiben würde, wie es war«. »Kinder, die nicht mal von ihrer Playstation ablassen würden, um runter zum Strand zu laufen, fuhren vierzig Kilometer [...] und nahmen an den Protesten teil. So wichtig war diese Sache.«

Um »diese Sache« geht es im Buch »Wir sind ein Bild der Zukunft – Auf der Straße schreiben wir Geschichte – Texte aus der griechischen Revolte«. Die Herausgeber*innen legen mit ihm keine Analyse oder »offizielle Geschichte« der griechischen Revolte vor, sondern versammeln in dem Buch »Fragmente, Gerüchte, Mythen und Erzählungen«. Sie dokumentieren Tagebucheinträge, Interviews, kurze Stellungnahmen, Flugblätter und einige längere Artikel aus und um den Aufstand.

Neben einer allgemeinen Einführung in die Geschichte sozialer Kämpfe in Griechenland im 19. und 20. Jahrhundert versammelt das Buch viele Dokumente zum Aufstand 2008/2009. Im September 2009 schrieb jemand: »Diese alte Stadt [Athen] hat ihren Weg zur Normalität fortgesetzt [...] nichts hat sich verändert: Die Uhren dieser Welt klingeln uns um 6.30 Uhr morgens aus dem Schlaf, hier wie überall anders.«

Doch obwohl sich nichts verändert hat, ist doch alles anders, wie es nur eine Seite später heißt. »In der Nacht gesellschaftlicher Apathie sind wir wach«, die Erinnerung an den Moment, in dem die Situation plötzlich offen war und die Menschen begannen, ihre Welt bewusst zu gestalten, wirkt noch nach. Obwohl die Aufständischen vom Dezember 2008 in ihre Wohnungen zurückgekehrt sind, hält das »Gefühl vom Ende einer Ära« an. Die Aufstände, da sind sich alle Beteiligten sicher, werden erneut losbrechen, um die alte Welt zu be-

seitigen: »Wir warten, wir warten auf den richtigen Moment...«, heißt es im letzten Dokument des Buches und »Die Geschichte wird fortgesetzt...« im Nachwort der Herausgeber*innen.

Dass es sich um eine Sammlung von »Bildern und Erfahrungen dieser zwei Jahre« handelt, macht sowohl die große Stärke, wie auch den großen Mangel des Buches aus. Es ermöglicht einen einmaligen Einblick in einen Aufstand, der begann, die Massen zu ergreifen und sich insofern von der Mobilisierung und dem Aktivismus der immer gleichen linken Protagonist*innen unterscheidet.

Neben allerlei Pathos finden sich vor allem in den Berichten über konkrete Aktionen, Organisationsversuche und Erlebnisse eindrucksvolle Beispiele davon, wie Aufständische in ihrer »revolutionären Praxis« zugleich **sich selbst und die Welt verändern**. Die Berichte zeugen davon, wie die Menschen plötzlich beginnen, sich für die Gesellschaft zu interessieren, in einem Moment, in dem sie diese nicht mehr nur passiv erdulden müssen, sondern beginnen, sie selbst zu gestalten.

Das Buch versammelt so eine Menge Material, anhand dessen nicht nur der Aufstand in Griechenland verstanden werden kann, sondern das eine Relevanz besitzt für die Formulierung einer revolutionären Praxis. Doch das Buch sammelt eben nur. Es liefert selbst keine Analyse der Ereignisse. Und auch wenn in den einzelnen Flugblättern, Texten und Interviews (wohlbemerkt: neben sehr vielen schlechten Analysen der Situation und mangelhafter Kritik an Staat und Kapital) viele Ansätze eines Verständnisses für den Aufstand und die gesellschaftliche Situation zu finden sind, steht eine kritische Ausarbeitung noch aus.

Dies müssen die Leserinnen und Leser leisten. Wenn sie nicht bloß die »Erzählungen und Bilder« konsumieren und als Fakten hinnehmen, die Widersprüche der Aufständischen nicht überlesen oder glätten, sondern durchdenken, kann das Buch einen wichtigen Beitrag zur Formulierung einer Kritik der kapitalistischen Gesellschaft auf der Höhe der Zeit leisten. ★

Philipp Schweizer, KV Erfurt

Vgl. Karl Marx »Thesen zu Feuerbach«, These 3, z. B. in MEW Bd. 3, S.6.

Bild: www.laika-verlag.de



A.G. Schwarz, Tasos Sagris & Void Network (HG.): **Wir sind ein Bild der Zukunft – Auf der Straße schreiben wir Geschichte**, Edition Provo Bd.1, LAIKA-Verlag, Hamburg 2010, 366 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 24,90 Euro

Illegitime Schulden

»Debtocracy«: Warum Griechenland seine Schulden nicht begleichen sollte

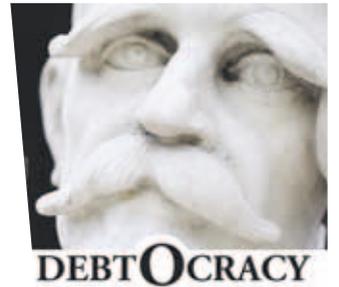
Wie steht es mit Schulden für Geld, das den Reichen und Mächtigen diene: Sollten sie von allen beglichen werden? Die Antwort hierauf ist klar: nein. Die Frage ist hoch aktuell für Griechenland, das derzeit von einer ganzen Armee mit Sanktionen drohender EU-Wirtschafts- und Finanzminister, ausländischer Berater und internationaler Schuldeneintreiber heimgesucht wird.

prüfen, wie die Schulden Ecuadors entstanden waren und wofür das Geld eingesetzt worden ist. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden veröffentlicht und lauteten: Ein Großteil der Schulden des Landes sind illegitim, weil die Verträge an der Öffentlichkeit vorbei geschlossen worden waren und nur einigen Wenigen nutzten. Eine Konsequenz war, dass Ecuador sieben Milliarden weniger Schulden zahlte.

Immer wieder treten interessante Einzelheiten hervor, etwa wenn Daniel Cohn-Bendit aufzählt, für wieviele Milliarden Euro in den letzten Jahren Kriegsgüter aus Frankreich und Deutschland nach Griechenland verkauft wurden oder wenn klar wird, dass die vom Internationalen Währungsfond geforderten Einschnitte in das soziale System die Lebenserwartung senken, sprich Leben kosten.

Die Forderung nach einem Untersuchungskomitee zur Prüfung der Legitimität der griechischen Schulden ist sehr begrüßenswert. Allerdings ist ein solcher Vorschlag unter den Herrschenden wohl kaum populär. Denn wo kämen wir hin, wenn auch andere Länder, etwa die Staaten Afrikas, anfangen, nach 500 Jahren Ausbeutung die Legitimität ihrer Schulden bei den reichen Industrieländern zu bestreiten – oder gar eine Gegenrechnung aufmachen? Letzteres wäre, angesichts der geraubten antiken Schätze und der dortigen Verbrechen der deutschen Wehrmacht, allerdings eine weitere Option für Griechenland. ★

Björn Oellers, LV Hamburg



Der Film »Debtocracy« ist im Internet frei abrufbar und kann mit deutschen Untertiteln angeschaut werden unter www.debtocracy.gr (dort auf die englische Version und im nächsten Fenster auf die »international version« klicken).

Wie deren Forderungen zu begegnen ist, zeigt der Film »Debtocracy«. Er ist ein Plädoyer dafür, die Schulden als »illegitime Schulden« anzusehen. Dieser Ausdruck wurde bereits in einigen Fällen angewandt, u. a. von den USA, um die Schulden des von ihnen eroberten Irak nicht begleichen zu müssen. Aber auch von Ecuador, das sich so den Forderungen ausländischer Konzerne und Regierungen erwehrt. Dort ließ Premierminister Rafael Correa von einem internationalen Komitee

Auf deutsch etwa: Schuldenherrschaft

Auf die Plätze, fertig, los!

Das war die Winterschule im SBZ

Wenn mensch den oder die gemeine Linksgerichtete*n fragt, wie dem eigenen Unmut Luft gemacht werden kann, dann wird schnell vom Demonstrieren gesprochen. Da wird sich vorher ordentlich organisiert, die Demo angemeldet und mit Transparenten und Parolen eben selbiges geboten: Paroli! Und dann ändert sich sofort alles, alle sind glücklich und gehen nach Hause. Geschichte Ende.

StreetArt, wie **Banksy** oder die **Yes-Men**, die Großindustriellen mit ihren eigenen Mitteln auf Konferenzen und in Fernsehinterviews den Spiegel vorhalten.

Wer bis hier hin schlecht erraten kann, worum es geht, war ganz offensichtlich nicht auf der Winterschule in Oer-Erkenschwick. Unter dem Motto »Auf die Plätze! Fertig! Los!« sind circa 120 Menschen im Alter von 16 bis 36 Jahren zwischen den Feiertagen zusammen gekommen, um sich über Protest zu informieren, seine Motive zu hinterfragen und ihn auch auszuprobieren. Nachdem mensch sich in den Inhaltsworkshops mit Ideen und Anregungen den Kopf füttern ließ, wurde in den folgenden Technikworkshops vermittelt, wie mensch in der eigenen Gliederung einen Flyer erstellt, einen guten Blog schreibt oder mit politischem Puppentheater für die eigene Sache begeistert.

Und nebenbei wurden noch in unserem Mitbestimmungsmodell, der sogenannten »Demokratie«, Alternativen zu Geschäftsordnung, Quotierung und Redeliste ausgereizt; haben Teilnehmer*innen einen ei-

genen Themenabend auf die Beine gestellt; und es wurde über die antifaschistische Arbeit im Verband diskutiert. Zu all dem täuschten Team*innen dann als eine Art Planspiel noch einen Besuch des Verfassungsschutzes vor, anhand dessen mensch einiges über die Extremismusklausel erfahren konnte, die auch unseren Verband bedroht. ★

Jan-Michel Seglitz und Karla Presch für den KV Winterschule, www.winterschule.org



Protestform Kissenschlacht ...

Bild: Karla Presch

Winterschule Anfang. Leider läuft es so halt nicht. So manch ein Staat oder Konzern hört bei den Forderungen einfach geknnt weg und auch die wenigsten Nazis haben sich ihre menschenverachtenden Ansichten wegemonstrieren lassen. Und wenn das nicht funktioniert, dann gibt es Menschen, die, im Ausdruck ihrer Verzweiflung, sich selbst öffentlich verbrennen. Oder auf hoher See, unter Einsatz ihres Lebens, Öltanker und Walfänger flankieren, in der Hoffnung, die Welt zu verändern.

Aber auch ohne lebensbedrohliche Situationen gibt es Menschen, die sich Protest und Widerstand anders vorstellen können. Sei es durch Guerilla Gardening, Häkelgraffiti oder

Künstlername eines Engländers, der u. a. viel mit Schablonengraffiti arbeitet und etwa öffentliche Werbung politisch umgestaltet

US-Politaktivisten, die sich als Vertreter von Wirtschaftsunternehmen oder Regierungen ausgeben

was war, was kommt

Sag, mit wem Du gehst Die Falken haben das Blauhemd erfunden

Anmerkung des Autors: Eine linke Kritik der DDR, die diese differenziert betrachtet und sich von der bürgerlichen Dämonisierung abhebt, ist richtig und wichtig, jedoch nicht Gegenstand dieses Artikels.

Quelle: [www.fdj.de/
FDJ_Homepage_08/
Seiten/Geschichte.
html](http://www.fdj.de/FDJ_Homepage_08/Seiten/Geschichte.html)

Bündnisarbeit ist richtig und wichtig, denn »allein machen sie dich ein«. Deshalb arbeiten wir Falken in verschiedensten Kontexten mit anderen Organisationen und Gruppen zusammen, die ähnliche Vorstellungen und Ziele haben wie wir. Die Wahl der Partner*innen fällt in den verschiedenen Gliederungen unterschiedlich aus, was unter anderem mit der politischen Position der Gliederung und regionalen Besonderheiten zusammen hängt. So arbeiten die einen lieber mit den Jusos zusammen, die anderen haben langjährige Kooperationen mit der Linksjugend [solid].

Dies soll und muss in einem pluralistischen Verband wie dem unseren auch möglich sein. Dennoch gibt es Gruppierungen, die aus verschiedenen Gründen keine Partner*innen für Falken sein können und zwar nicht nur im rechten Spektrum der Politiklandschaft, sondern auch innerhalb der Linken. Ein gutes Beispiel dafür ist die FDJ.

»Wenn Du im Kreis gehst, bleibst du zurück«

Die »Freie Deutsche Jugend« hat ihre Ursprünge in der Opposition zum Nationalsozialismus, in der sie von jungen Menschen, die aus Deutschland ins Exil gehen mussten, gegründet wurde. Nach der Befreiung wurde die FDJ in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone als offizielle, staatliche Jugendmassenorganisation gegründet, sah sich aber explizit nicht als Nachfolgeorganisation der Exil-Gruppen. Sie hatte vor allem die Funktion, junge Menschen zu staatsstreuen Bürger*innen der DDR zu erziehen. Eine Alternative zur FDJ gab es nicht, von der Mitgliedschaft hing mitunter ab, ob Jugendliche später studieren durften. Andere Jugendorganisationen, so auch die Falken, waren in der DDR bis zuletzt verboten. Ab 1990 musste die FDJ ei-

Die Falken erhielten 1947 nur eine Lizenz für Berlin.

nen massiven Mitgliederschwund verkraften, löste sich jedoch nicht auf. Die PDS, als Nachfolgepartei der SED, distanzierte sich von ihrer ehemaligen Jugendorganisation. Diese Organisationsgeschichte allein lässt schon daran zweifeln, ob die FDJ eine geeignete Partnerin für unseren Verband sein kann, war sie doch eine wesentliche Stütze für einen autoritären und undemokratischen Staat.

»Darum zeig mir Dein wahres Gesicht«

Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die ihre Wurzeln in der DDR haben, bezeichnet die FDJ diese immer noch als »antifaschistischen, demokratischen Staat«, an dessen Aufbau sie mitgewirkt hätte. Den Beitritt von 1990 bezeichnet sie als »Annexion« und spricht davon, dass die BRD »bei uns eingefallen ist«. Wer so über einen Staat spricht, der unter dem Missbrauch des Begriffs Sozialismus Andersdenkende unterdrückte und beispielsweise Falken nicht nur verbot, sondern auch verfolgte und ermordete, kann und darf kein*e Bündnispartner*in für uns sein.

Umso erschreckender war es für mich, dass ich bei der diesjährigen Luxemburg-Liebknecht-Demo in Berlin nicht nur wieder einen FDJ-Block in unserer unmittelbaren Nähe vorfand, sondern auch feststellen musste, dass eine Distanzierung von dieser Gruppierung offenbar nicht Konsens war. Trotz des Hinweises darauf, dass sich viele Genoss*innen damit unwohl fühlen, wenn Falken- und FDJ-Fahnen quasi gemeinsam wehen (nicht zu vergessen eine DDR-Fahne), wurde nur phasenweise auf eine räumliche Distanz zum Block der FDJ geachtet. Auch auf die Vorhaben einzelner Gliederungen, mit der FDJ Bündnisse einzugehen, kann ich nur mit Unverständnis reagieren.

Dies meint im Übrigen nicht, dass es für mich generell falsch ist, Aufrufe zu unterschreiben, weil es die FDJ auch tut. Aktionen wie »Dresden Nazifrei« will ich ihr nicht überlassen. ★

Steffen Göths, LV Brandenburg

Am Wochenende der »LL-Demo« fand auch in diesem Jahr wieder das große »Rosa & Karl«-Seminar bei Berlin statt. Einen ausführlichen Bericht dazu findet ihr unter www.wir-falken.de/show/5668118



Bild: Nadine Weiser

Vielfalt-Kongress

Herrschaft bekämpfen – Befreiung leben!

Vom 17. bis 20. Mai findet in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein der pädagogische Kongress zum Thema Vielfalt statt. Mit über 100 Jugendlichen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wollen wir uns mit Formen und Mechanismen von Herrschaft und Ausgrenzung auseinandersetzen und Perspektiven für eine vielfältige und befreite Gesellschaft entwickeln: Was ist Herrschaft? Wie funktionieren Mechanismen der Ausgrenzung heute, und wie erfahren Kinder und Jugendliche Ausgrenzung? Was können wir mit Bildung und Erziehung gegen Ausgrenzung und für eine Welt »in der man ohne Angst verschieden sein kann«, tun?

Dazu gibt es folgende Workshop-Blöcke: Antirassismus & Migration / Gesellschaftliche Rahmenbedingungen / Klasse & Kapitalismuskritik / Befreiung leben!

Alle Infos zu Workshops, Programm und Anmeldung: www.wir-falken.de. Mobil-Clip: <http://www.youtube.com/watch?v=zFGLtyiaUk>. Weitere Fragen an michael.dehmlow@sjd-die-falken.de

Workers Youth Festival

9.–12. Mai 2013 in Dortmund

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen weltweit lassen wir die Tradition der Arbeiter*innenjugendtage wieder aufleben: **United we make history – Solidarity now!** Merkt euch den Termin vor! Im gemeinsam mit den Jusos neu eingerichteten Projektbüro zum Workers Youth Festival steht euch Anna Bruckner als Ansprechperson gerne zur Verfügung! Sie ist erreichbar unter anna.bruckner@sjd-die-falken.de oder (030) 26 10 30 19. Weitere Infos wie auch den Hinweis auf die Homepage findet ihr in der nächsten aj!

In eigener Sache

Die aj lebt davon, dass Ihr und Eure Gruppen Artikel zu inhaltlichen Projekten oder Aktionen beziehungsweise Gruppenfahrten oder ähnlichem beisteuert. Die kommenden Ausgaben der aj erscheinen voraussichtlich:

➤ Ende Juni 2012 zum Schwerpunktthema »Identität« (Redaktionsschluss 21.05.2012)

Wir freuen uns über jeden Beitrag. Falls Ihr Fragen oder Kommentare habt, wendet Euch an aj-redaktion@wir-falken.de: